

N i e d e r s c h r i f t

**der 36. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Hauptausschusses am 14.11.2012**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Wappensaal,
Marktplatz 2,
06100 Halle (Saale),

Zeit: 16:08 Uhr bis 18:37 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Harald Bartl	parteilos	
Frau Dr. Annegret Bergner	CDU	
Herr Bernhard Bönisch	CDU	
Herr Hendrik Lange	DIE LINKE.	
Herr Dr. Bodo Meerheim	DIE LINKE.	
Frau Elisabeth Nagel	DIE LINKE.	
Frau Gertrud Ewert	SPD	
Herr Johannes Krause	SPD	
Herr Gerry Kley	FDP	Teilnahme bis 18:35 Uhr
Herr Oliver Paulsen	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Herr Tom Wolter	MitBÜRGER für Halle	
Herr Steffen Drenkelfuß	Verwaltung	
Herr Egbert Geier	Bürgermeister	
Frau Christine Hock	Verwaltung	
Herr Tobias Kogge	Beigeordneter	Teilnahme bis 16:55 Uhr
Herr Wolfram Neumann	Beigeordneter	Teilnahme bis 18:33 Uhr
Frau Anja Schneider	Verwaltung	
Herr Marco Schreyer	Verwaltung	Teilnahme bis 18:13 Uhr
Herr Uwe Stäglin	Beigeordneter	Teilnahme bis 17:30 Uhr

Entschuldigt fehlen:

Frau Oberbürgermeisterin Dagmar Szabados		OB
Herr Stefan Richter	Verwaltung	
Herr Dr. Bernd Wiegand	Beigeordneter	

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die 36. öffentliche Sitzung des Hauptausschusses wurde von **Herrn Bürgermeister Geier** eröffnet und geleitet.

Er stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie Beschlussfähigkeit fest.

In diesem Zusammenhang wies er darauf hin, dass er selbst in Vertretung der Oberbürgermeisterin Frau Szabados die Verfahrensrechte in Anspruch nehmen könne, jedoch kein Stimmrecht habe. Dies bedeute, dass sich die Mehrheit aus 11 anwesenden Mitgliedern des Hauptausschusses ableite.

Weiterhin teilte er mit, dass Herr Dr. Wiegand bei einer Veranstaltung in Köthen sei. Hierbei handele es sich um einen Tourismuspreis, bei dem die Stadt Halle gute Chancen habe.

Im Wappensaal befinden sich neben der Presse noch Studenten der Martin-Luther-Universität. Diese studieren Multimedia und sollen praktische Übungen machen, welches sie heute zur Hauptausschusssitzung vorhaben. Die Studenten fallen jedoch nicht unter den Begriff Presse, Rundfunk, Fernsehen, entsprechend der Geschäftsordnung des Stadtrates, aus diesem Grund müsse gefragt werden, ob Einvernehmen bestünde, dass die Studenten die Sitzung mitschneiden können.

Herr Krause, SPD-Stadtratsfraktion fragte nach, ob es sich auch um Tonaufzeichnungen handele.

Herr Bürgermeister Geier befragte die Leiterin der Studentengruppe hierzu und teilte den Mitgliedern des Hauptausschusses mit, dass es sich um Ton- und Filmaufnahmen handele.

Er stellte fest, dass keiner der anwesenden Mitglieder des Hauptausschusses widerspricht und genehmigte die Aufzeichnungen.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Bürgermeister Geier bat darum, folgende Tagesordnungspunkte abzusetzen:

- 5.1. Vereinsgründung der Metropolregion Mitteldeutschland
Vorlage: V/2012/11010
von der Verwaltung zurückgezogen
- 5.1.1. Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Beschlussvorlage "Vereinsgründung der Metropolregion Mitteldeutschland" (Vorlagen-Nr.: V/2012/11010)
Vorlage: V/2012/11235
von der Verwaltung zurückgezogen
- 5.2. Finanzierung der Stiftung Händel-Haus für die Jahre 2018 - 2022
Vorlage: V/2012/11016
gleiche Voten in den Fachausschüssen

- 5.3. Schriftliche und regelmäßige Berichterstattung in den Fachausschüssen und im Stadtrat
Vorlage: V/2011/10362
im Ausschuss für Planungsangelegenheiten vertagt
- 5.4. Neuer Standort für die Plastik "Lesender" von Professor Martin Wetzel
Vorlage: V/2012/11021
durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM
- 5.4.1. Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Vorlage - Neuer Standort für die Plastik "Lesender" von Professor Martin Wetzel (Vorlagen-Nr.: V/2012/11021)
Vorlage: V/2012/11071
durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM
- 5.6. Verteilung der Regionalisierungsmittel des Landes gemäß § 8, § 9 ÖPNV – Gesetz des Landes für die HAVAG für das Jahr 2013 und die Mittel für den Ausgleich verbundbedingter Belastungen
Vorlage: V/2012/11019
gleiche Voten in den Fachausschüssen
- 5.7. Nahverkehrsplan der Stadt Halle (Saale) ab 2012
Vorlage: V/2012/10569
im Finanzausschuss am 13.11.2012 zurückgestellt
- 5.7.1. Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Beschlussvorlage Nahverkehrsplan der Stadt Halle (Saale) ab 2012 (Vorlagen-Nr.: V/2012/10569)
Vorlage: V/2012/11136
im Finanzausschuss am 13.11.2012 zurückgestellt
- 5.7.2. Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage „Nahverkehrsplan der Stadt Halle (Saale) ab 2012“ - Vorlagen-Nummer: V/2012/10569
Vorlage: V/2012/11108
im Finanzausschuss am 13.11.2012 zurückgestellt
- 5.7.3. Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Beschlussvorlage Nahverkehrsplan der Stadt Halle (Saale) ab 2012 (Vorlagen-Nr.: V/2012/10569)
Vorlage: V/2012/11137
im Finanzausschuss am 13.11.2012 zurückgestellt
- 5.7.4. Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Beschlussvorlage Nahverkehrsplan der Stadt Halle (Saale) ab 2012 (Vorlagen-Nr.: V/2012/10569)
Vorlage: V/2012/11139
im Finanzausschuss am 13.11.2012 zurückgestellt
- 5.7.5. Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Beschlussvorlage Nahverkehrsplan der Stadt Halle (Saale) ab 2012 (Vorlagen-Nr.: V/2012/10569)
Vorlage: V/2012/11140
im Finanzausschuss am 13.11.2012 zurückgestellt
- 5.7.6. Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Beschlussvorlage Nahverkehrsplan der Stadt Halle (Saale) ab 2012 (Vorlagen-Nr.: V/2012/10569)
Vorlage: V/2012/11141
im Finanzausschuss am 13.11.2012 zurückgestellt

- 5.7.7. Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Beschlussvorlage Nahverkehrsplan der Stadt Halle (Saale) ab 2012 (Vorlagen-Nr.: V/2012/10569)
Vorlage: V/2012/11142
im Finanzausschuss am 13.11.2012 zurückgestellt
- 5.7.8. Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Beschlussvorlage Nahverkehrsplan der Stadt Halle (Saale) ab 2012 (Vorlagen-Nr.: V/2012/10569)
Vorlage: V/2012/11143
im Finanzausschuss am 13.11.2012 zurückgestellt
- 5.7.9. Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Beschlussvorlage Nahverkehrsplan der Stadt Halle (Saale) ab 2012 (Vorlagen-Nr.: V/2012/10569)
Vorlage: V/2012/11144
im Finanzausschuss am 13.11.2012 zurückgestellt
- 5.7.10. Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Beschlussvorlage Nahverkehrsplan der Stadt Halle (Saale) ab 2012 (Vorlagen-Nr.: V/2012/10569)
Vorlage: V/2012/11145
im Finanzausschuss am 13.11.2012 zurückgestellt
- 5.7.11. Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Beschlussvorlage Nahverkehrsplan der Stadt Halle (Saale) ab 2012 (Vorlagen-Nr.: V/2012/10569)
Vorlage: V/2012/11146
im Finanzausschuss am 13.11.2012 zurückgestellt
- 5.7.12. Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Beschlussvorlage Nahverkehrsplan der Stadt Halle (Saale) ab 2012 (Vorlagen-Nr.: V/2012/10569)
Vorlage: V/2012/11147
im Finanzausschuss am 13.11.2012 zurückgestellt
- 5.7.13. Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Nahverkehrsplan der Stadt Halle (Saale) ab 2012 (V/2012/10569)
Vorlage: V/2012/11186
im Finanzausschuss am 13.11.2012 zurückgestellt
- 5.7.14. Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Vorlage "Nahverkehrsplan der Stadt Halle (Saale) ab 2012 (Vorlage V/2012/10569)
Vorlage: V/2012/11237
im Finanzausschuss am 13.11.2012 zurückgestellt
- 5.8. Beschluss des Integrierten Strategiepapiers und der Fortschreibung des Stadtentwicklungskonzeptes Halle 2025
Vorlage: V/2012/10762
gleiche Voten in den Fachausschüssen
- 5.9. 2. Satzung zur Änderung der Satzung über die Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen in der Stadt Halle (Saale) - Grundstücksentwässerungssatzung vom 16.12.2009
Vorlage: V/2012/11024
gleiche Voten in den Fachausschüssen

- 5.10. 4. Satzung zur Änderung der "Abfallwirtschaftssatzung der Stadt Halle (Saale) vom 22.11.2006"
Vorlage: V/2012/10949
gleiche Voten in den Fachausschüssen
- 5.11. Abfallgebührensatzung der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2012/10950
gleiche Voten in den Fachausschüssen
- 5.12. Brandschutzbedarfsplan
Vorlage: V/2012/10626
im Finanzausschuss am 13.11.2012 zurückgestellt
- 5.14. Jahresabschluss 2011 für den EigenBetrieb Zentrales GebäudeManagement Halle (Saale)
Vorlage: V/2012/11114
gleiche Voten in den Fachausschüssen
- 5.15. Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2013 des EigenBetriebes Zentrales GebäudeManagement der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2012/11115
gleiche Voten in den Fachausschüssen
- 5.16. Stellungnahme der Verwaltung zum Bericht über die Prüfung des Ersatzneubaus Kurt-Wabbel-Stadion in der Stadt Halle (Saale) unter Berücksichtigung der Gewährung von Fördermitteln des Lande gemäß § 88 ff. LHO i.V.m. § 126 GO LSA
Vorlage: V/2012/11154
gleiche Voten in den Fachausschüssen
- 5.17. Änderung des Stadtratsbeschlusses vom 31.08.2011 zum Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Erstellung eines regionalen Strategiekonzeptes zur ambulanten Suchthilfe der Stadt Halle - Vorlage: V/2011/09673
Vorlage: V/2012/11109
durch Geschäftsordnungsantrag der CDU-Fraktion
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 6.1. Antrag der CDU-Fraktion zur Errichtung einer öffentlichen Bedürfnisanstalt im Gebiet der Ziegelwiese
Vorlage: V/2012/10964
im Ausschuss für Planungsangelegenheiten am 13.11.2012 vertagt
- 6.3. Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Korruptionsprävention
Vorlage: V/2012/10985
im Finanzausschuss am 13.11.2012 zurückgestellt
- 6.4. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Wahl von Beigeordneten in Halle
Vorlage: V/2012/11002
es liegt bisher noch keine Stellungnahme des Landesverwaltungsamtes vor, inwieweit sich eine solche Regelung mit der Gemeindeordnung vereinbaren lässt
- 6.5. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Brandschutzgrundsicherung der geplanten Grundschule Glaucha
Vorlage: V/2012/11148
im Finanzausschuss am 13.11.2012 zurückgestellt

- 6.7. Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN zur Fortschreibung des Bibliotheksentwicklungsplans der Stadtbibliothek
Vorlage: V/2012/10992
gleiche Voten in den Fachausschüssen
- 6.8. Antrag der Stadtratsfraktionen DIE LINKE., BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zu Vergabekriterien für Veranstaltungen auf dem Marktplatz und Hallmarkt
Vorlage: V/2012/10986
gleiche Voten in den Fachausschüssen

Weiter liegen folgende Änderungen und Ergänzungen vor:

- 5.5. Aufstellung eines Kreuzsteines zum Gedenken an den Völkermord an den Armeniern in der osmanischen Türkei
Vorlage: V/2012/11110
zurückgestellt durch Geschäftsordnungsantrag der CDU-Fraktion
- 6.6. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Unterstützung der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
Vorlage: V/2012/11102
vertagt durch Geschäftsordnungsantrag der CDU-Fraktion
- 6.6.1. Der TOP wurde als eigenständiger Antrag unter TOP 6.9 behandelt
- 6.6.2. Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Unterstützung der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (Vorlagen-Nr. V/2012/11102)
Vorlage: V/2012/11168
vertagt durch Geschäftsordnungsantrag der CDU-Fraktion
- 6.6.2.1. Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion zum Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Unterstützung der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (Vorlagen-Nr. V/2012/11168)
Vorlage: V/2012/11172
vertagt durch Geschäftsordnungsantrag der CDU-Fraktion
- 6.6.2.2. Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. zum Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Unterstützung der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (Vorlagen-Nr.: V/2012/11168)
Vorlage: V/2012/11240
vertagt durch Geschäftsordnungsantrag der CDU-Fraktion
- 6.9. Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Unterstützung der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (Vorlagen-Nr. V/2012/11102)
Vorlage: V/2012/11165
vertagt durch Geschäftsordnungsantrag der CDU-Fraktion
- 6.4. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Wahl von Beigeordneten in Halle
Vorlage: V/2012/11002
es liegt bisher noch keine Stellungnahme des Landesverwaltungsamtes vor, inwieweit sich eine solche Regelung mit der Gemeindeordnung vereinbaren lässt

Herr Geier, Bürgermeister, informierte, dass der Antrag vorsorglich nochmal auf die Tagesordnung genommen wurde, da in der letzten Hauptausschusssitzung direkt eine Anfrage an das Landesverwaltungsamt gestellt wurde, wie die unterschiedliche Regelung in der Hauptsatzung in der Stadt Halle und in der Stadt Magdeburg zu bewerten sei. Da bis heute keine Stellungnahme des Landesverwaltungsamtes eingegangen sei, wurde der Punkt von der Tagesordnung genommen.

neu Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zum Antrag der
6.9. Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Unterstützung der Martin-Luther-Universität
alt 6.6.1 Halle-Wittenberg (Vorlagen-Nr. V/2012/11102)
Vorlage: V/2012/11165
vertagt durch Geschäftsordnungsantrag der CDU-Fraktion

Herr Geier, Bürgermeister, teilte mit, dass hier ein Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. auch zur MLU vorläge, welcher aber ein eigenständiger Antrag sei, weil es da inhaltlich um eine andere Fragestellung gehe.

Dazu stellte Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., fest, dass es dort nicht wirklich um eine inhaltlich andere Fragestellung gehe.

Gemeinsam mit Herrn Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, habe man sich verständigt, das Thema in einem Antrag zu behandeln. Ebenfalls würden die Vorschläge der SPD-Fraktion in den Antrag der Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN übernommen und könnten dann in einem Tagesordnungspunkt besprochen werden.

5.4. Neuer Standort für die Plastik "Lesender" von Professor Martin Wetzel
Vorlage: V/2012/11021
durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM

5.4.1. Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Vorlage - Neuer
Standort für die Plastik "Lesender" von Professor Martin Wetzel (Vorlagen-Nr.:
V/2012/11021)
Vorlage: V/2012/11071
durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM

Zudem informierte **Herr Bürgermeister Geier**, dass noch ein Dringlichkeitsantrag der Fraktion DIE LINKE., zur Vorlage 5.4.1 vorliege. Es gehe da um einen neuen Standort für die Plastik.

Dabei handele es sich um einen eigenständigen Antrag der Fraktion DIE LINKE.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE. wies darauf hin, dass dies vom Kulturausschuss als Änderungsantrag bestätigt wurde zum Antrag der Verwaltung zur Beschlussvorlage.

Dazu machte **Herr Lange, Fraktion DIE LINKE.**, darauf aufmerksam, dass die Verwaltung nachschauen müsse, ab wann ein Änderungsantrag tatsächlich ein eigenständiger sei.

Im Verlauf der Diskussion wurde durch **Herrn Bürgermeister Geier** festgestellt, dass der Kulturausschuss mit seiner Beschlusslage hier eine Empfehlung an den Hauptausschuss erteilt habe.

Herr Bönisch, CDU-Fraktion, fragte nach, weshalb der Antrag, welcher nur im Kultur-
ausschuss war, jetzt im Hauptausschuss behandelt werden müsse. Es gäbe keine
unterschiedlichen Voten. Insofern sei der Antrag hier nicht zu behandeln.

Daraufhin bat **Herr Wolter, MitBÜRGER für Halle**, darum, den gesamten Punkt 5.4
abzusetzen.

Herr Bürgermeister Geier bat um Abstimmung, den Punkt 5.4 einschl. Änderungsantrag
von der Tagesordnung abzusetzen.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**
6 Ja-Stimmen

Auf eine Anfrage von **Herrn Kley, FDP-Fraktion**, teilte **Herr Bürgermeister Geier** mit, dass
er noch Mitteilungen zu folgenden Punkte geben wird: Darstellung zur Prognose des Jahres
2012, zur Haushaltsplanung 2013, zum Stand Sparberater und zur Auswertung des Urteils
vom Landesverfassungsgericht bzgl. Finanzausgleich, da dort noch im Raum stehe, ob eine
Verfassungsbeschwerde für das FAG 2012 gemacht wird oder nicht.

Herr Bürgermeister Geier bat um Abstimmung der so geänderten Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis zur geänderten Tagesordnung: **mehrheitlich zugestimmt**

Somit wurde folgende Tagesordnung festgestellt:

- | | | |
|--------|---|-----------------------|
| 5.1. | Vereinsgründung der Metropolregion Mitteldeutschland
Vorlage: V/2012/11010 | <i>abgesetzt</i> |
| 5.1.1. | Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Beschlussvorlage
"Vereinsgründung der Metropolregion Mitteldeutschland" (Vorlagen-Nr.: V/2012/11010)
Vorlage: V/2012/11235 | <i>abgesetzt</i> |
| 5.2. | Finanzierung der Stiftung Händel-Haus für die Jahre 2018 - 2022
Vorlage: V/2012/11016 | <i>abgesetzt</i> |
| 5.3. | Schriftliche und regelmäßige Berichterstattung in den Fachausschüssen und im Stadtrat
Vorlage: V/2011/10362 | <i>abgesetzt</i> |
| 5.4. | Neuer Standort für die Plastik "Lesender" von Professor Martin Wetzel
Vorlage: V/2012/11021 | <i>abgesetzt</i> |
| 5.4.1. | Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Vorlage - Neuer
Standort für die Plastik "Lesender" von Professor Martin Wetzel (Vorlagen-Nr.:
V/2012/11021)
Vorlage: V/2012/11071 | <i>abgesetzt</i> |
| 5.5 | Aufstellung eines Kreuzsteines zum Gedenken an den Völkermord an den Armeniern in
der osmanischen Türkei
Vorlage: V/2012/11110 | <i>zurückgestellt</i> |
| 5.6. | Verteilung der Regionalisierungsmittel des Landes gemäß § 8, § 9 ÖPNV – Gesetz des
Landes für die HAVAG für das Jahr 2013 und die Mittel für den Ausgleich
verbundbedingter Belastungen | |

- Vorlage: V/2012/11019 *abgesetzt*
- 5.7. Nahverkehrsplan der Stadt Halle (Saale) ab 2012
Vorlage: V/2012/10569 *abgesetzt*
- 5.7.1. Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Beschlussvorlage
Nahverkehrsplan der Stadt Halle (Saale) ab 2012 (Vorlagen-Nr.: V/2012/10569)
Vorlage: V/2012/11136 *abgesetzt*
- 5.7.2. Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage
„Nahverkehrsplan der Stadt Halle (Saale) ab 2012“ - Vorlagen-Nummer: V/2012/10569
Vorlage: V/2012/11108 *abgesetzt*
- 5.7.3. Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur
Beschlussvorlage Nahverkehrsplan der Stadt Halle (Saale) ab 2012 (Vorlagen-Nr.:
V/2012/10569)
Vorlage: V/2012/11137 *abgesetzt*
- 5.7.4. Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Beschlussvorlage
Nahverkehrsplan der Stadt Halle (Saale) ab 2012 (Vorlagen-Nr.: V/2012/10569)
Vorlage: V/2012/11139 *abgesetzt*
- 5.7.5. Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Beschlussvorlage
Nahverkehrsplan der Stadt Halle (Saale) ab 2012 (Vorlagen-Nr.: V/2012/10569)
Vorlage: V/2012/11140 *abgesetzt*
- 5.7.6. Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Beschlussvorlage
Nahverkehrsplan der Stadt Halle (Saale) ab 2012 (Vorlagen-Nr.: V/2012/10569)
Vorlage: V/2012/11141 *abgesetzt*
- 5.7.7. Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Beschlussvorlage
Nahverkehrsplan der Stadt Halle (Saale) ab 2012 (Vorlagen-Nr.: V/2012/10569)
Vorlage: V/2012/11142 *abgesetzt*
- 5.7.8. Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Beschlussvorlage
Nahverkehrsplan der Stadt Halle (Saale) ab 2012 (Vorlagen-Nr.: V/2012/10569)
Vorlage: V/2012/11143 *abgesetzt*
- 5.7.9. Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Beschlussvorlage
Nahverkehrsplan der Stadt Halle (Saale) ab 2012 (Vorlagen-Nr.: V/2012/10569)
Vorlage: V/2012/11144 *abgesetzt*
- 5.7.10. Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Beschlussvorlage
Nahverkehrsplan der Stadt Halle (Saale) ab 2012 (Vorlagen-Nr.: V/2012/10569)
Vorlage: V/2012/11145 *abgesetzt*
- 5.7.11. Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Beschlussvorlage
Nahverkehrsplan der Stadt Halle (Saale) ab 2012 (Vorlagen-Nr.: V/2012/10569)
Vorlage: V/2012/11146 *abgesetzt*
- 5.7.12. Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Beschlussvorlage
Nahverkehrsplan der Stadt Halle (Saale) ab 2012 (Vorlagen-Nr.: V/2012/10569)
Vorlage: V/2012/11147 *abgesetzt*

- 5.7.13. Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Nahverkehrsplan der Stadt Halle (Saale) ab 2012 (V/2012/10569)
Vorlage: V/2012/11186 *abgesetzt*
- 5.7.14. Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Vorlage "Nahverkehrsplan der Stadt Halle (Saale) ab 2012 (Vorlage V/2012/10569)
Vorlage: V/2012/11237 *abgesetzt*
- 5.8. Beschluss des Integrierten Strategiepapiers und der Fortschreibung des Stadtentwicklungskonzeptes Halle 2025
Vorlage: V/2012/10762 *abgesetzt*
- 5.9. 2. Satzung zur Änderung der Satzung über die Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen in der Stadt Halle (Saale) - Grundstücksentwässerungssatzung vom 16.12.2009
Vorlage: V/2012/11024 *abgesetzt*
- 5.10. 4. Satzung zur Änderung der "Abfallwirtschaftssatzung der Stadt Halle (Saale) vom 22.11.2006"
Vorlage: V/2012/10949 *abgesetzt*
- 5.11. Abfallgebührensatzung der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2012/10950 *abgesetzt*
- 5.12. Brandschutzbedarfsplan
Vorlage: V/2012/10626 *abgesetzt*
- 5.13 Vorbereitung des Antragsverfahren für Schulen und Horte im Rahmen des Programms STARK III - EFRE, Phase 2
Vorlage: V/2012/11129
- 5.14. Jahresabschluss 2011 für den EigenBetrieb Zentrales GebäudeManagement Halle (Saale)
Vorlage: V/2012/11114 *abgesetzt*
- 5.15. Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2013 des EigenBetriebes Zentrales GebäudeManagement der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2012/11115 *abgesetzt*
- 5.16. Stellungnahme der Verwaltung zum Bericht über die Prüfung des Ersatzneubaus Kurt-Wabbel-Stadion in der Stadt Halle (Saale) unter Berücksichtigung der Gewährung von Fördermitteln des Lande gemäß § 88 ff. LHO i.V.m. § 126 GO LSA
Vorlage: V/2012/11154 *abgesetzt*
- 5.17. Änderung des Stadtratsbeschlusses vom 31.08.2011 zum Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Erstellung eines regionalen Strategiekonzeptes zur ambulanten Suchthilfe der Stadt Halle - Vorlage: V/2011/09673
Vorlage: V/2012/11109 *abgesetzt*
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 6.1. Antrag der CDU-Fraktion zur Errichtung einer öffentlichen Bedürfnisanstalt im Gebiet der Ziegelwiese
Vorlage: V/2012/10964 *abgesetzt*

- 6.2 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Förderung bürgerschaftliches Einzelengagement
Vorlage: V/2012/10865
- 6.3. Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Korruptionsprävention
Vorlage: V/2012/10985 *abgesetzt*
- 6.4. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Wahl von Beigeordneten in Halle
Vorlage: V/2012/11002 *abgesetzt*
- 6.5. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Brandschutzgrundsicherung der geplanten Grundschule Glaucha
Vorlage: V/2012/11148 *abgesetzt*
- 6.6. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Unterstützung der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
Vorlage: V/2012/11102 *vertagt*
- 6.6.1. Der TOP wurde als eigenständiger Antrag unter TOP 6.9 behandelt
- 6.6.2. Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Unterstützung der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (Vorlagen-Nr. V/2012/11102)
Vorlage: V/2012/11168 *vertagt*
- 6.6.2.1. Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion zum Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Unterstützung der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (Vorlagen-Nr. V/2012/11168)
Vorlage: V/2012/11172 *vertagt*
- 6.9. Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Unterstützung der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (Vorlagen-Nr. V/2012/11102)
Vorlage: V/2012/11165 *vertagt*
- 6.7. Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN zur Fortschreibung des Bibliotheksentwicklungsplans der Stadtbibliothek
Vorlage: V/2012/10992 *abgesetzt*
- 6.8. Antrag der Stadtratsfraktionen DIE LINKE., BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zu Vergabekriterien für Veranstaltungen auf dem Marktplatz und Hallmarkt
Vorlage: V/2012/10986 *abgesetzt*

zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 17.10.2012

Es gab keine Einwände gegen die Niederschrift der 35. öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 17.10.2012.

Abstimmungsergebnis Niederschrift: **mehrheitlich zugestimmt**

zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 17.10.2012

Es lagen keine nichtöffentlichen Beschlüsse aus der Sitzung vom 17.10.2012 vor.

zu 5 Beschlussvorlagen

**zu 5.1 Vereinsgründung der Metropolregion Mitteldeutschland
Vorlage: V/2012/11010**

Es gab keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis: **abgesetzt**
von Verwaltung zurückgestellt

Beschlussvorschlag:

Die Entwürfe der Satzung und der Beitragsordnung des Vereins „Metropolregion Mitteldeutschland e.V.“ werden zur Kenntnis genommen.

Der Gründung des Vereins „Metropolregion Mitteldeutschland e.V.“ mit Sitz in Leipzig wird zugestimmt und der Oberbürgermeister/die Oberbürgermeisterin ermächtigt, die Gründung mit den anderen Mitgliedsstädten der Metropolregion vorzunehmen.

Der ordentlichen Mitgliedschaft der Stadt Halle (Saale) im Verein „Metropolregion Mitteldeutschland e.V.“ wird zugestimmt.

**zu 5.1.1 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur
Beschlussvorlage "Vereinsgründung der Metropolregion
Mitteldeutschland" (Vorlagen-Nr.: V/2012/11010)
Vorlage: V/2012/11235**

Es gab keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis:

abgesetzt
von Verwaltung zurückgestellt

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, mit den anderen Mitgliedsstädten der Metropolregion abzustimmen, in der Satzung des Vereins Metropolregion Mitteldeutschland e.V. unter dem § 2 „Aufgaben und Zweck“ einen Punkt (3) mit folgendem Inhalt aufzunehmen:

(3) Der Verein will insbesondere die Herausbildung eines länderübergreifenden Gemeinschaftssinnes in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens fördern. So soll insbesondere entlang der gemeinsamen Landesgrenzen darauf hingewirkt werden, dass

- Konflikte zwischen Oberzentren und ihrem jeweiligen Umland vermieden und gemeinsam nach kooperativen Lösungsansätzen gesucht werden,
- die gesetzlichen Rahmen- und Förderbedingungen, insbesondere für eine grenzübergreifende Regionalplanung und Landesentwicklung harmonisiert werden,
- nach innen durch eine breite Öffentlichkeitsarbeit, die in der Metropolregion lebenden Menschen, über die Metropolregion Mitteldeutschland und deren vielfältigen Angebote sowie das Wirken des Vereins informiert werden.

**zu 5.2 Finanzierung der Stiftung Händel-Haus für die Jahre 2018 - 2022
Vorlage: V/2012/11016**

Es gab keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis:

abgesetzt
gleiche Voten in den Fachausschüssen

Beschlussvorschlag:

1.
Die Finanzierung der Stiftung Händel-Haus für die Jahre 2018 bis 2022 in die Finanzplanung der Stadt Halle (Saale) aufzunehmen.

2.

Zur Deckung des laufenden Betriebes stellt die Stadt Halle (Saale) der Stiftung Händel-Haus im Zeitraum 2018 bis 2022 folgende Mittel zur Verfügung.

Gesamt : € 9.640.000

Aufgeteilt in folgende Jahresraten:

2018	€ 1.928.000
2019	€ 1.928.000
2020	€ 1.928.000
2021	€ 1.928.000
2022	€ 1.928.000

zu 5.3 Schriftliche und regelmäßige Berichterstattung in den Fachausschüssen und im Stadtrat
Vorlage: V/2011/10362

Es gab keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis:

abgesetzt
im Ausschuss für Planungsangelegenheiten
vertagt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt die Vorlage der Berichterstattungen in den Fachausschüssen bzw. im Stadtrat einschließlich deren Terminisierung (siehe Anlage).

zu 5.4 Neuer Standort für die Plastik "Lesender" von Professor Martin Wetzel
Vorlage: V/2012/11021

Es gab keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis:

abgesetzt
durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion
MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt, dass die Plastik „Lesender“ von Prof. Martin Wetzel im Eingangsbereich der Stadtteilbibliothek West, Zur Saaleue 25 a, aufgestellt wird.

**zu 5.4.1 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Vorlage - Neuer Standort für die Plastik "Lesender" von Professor Martin Wetzel (Vorlagen-Nr.: V/2012/11021)
Vorlage: V/2012/11071**

Es gab keine Wortmeldung.

Abstimmungsergebnis:

abgesetzt

durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion
MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt, dass die Plastik „Lesender“ von Prof. Martin Wetzel sichtbar in der Nähe des bisherigen Standortes (auf der kleinen Wiesen schräg gegenüber) aufgestellt wird.

**zu 5.5 Aufstellung eines Kreuzsteines zum Gedenken an den Völkermord an den Armeniern in der osmanischen Türkei
Vorlage: V/2012/11110**

Frau Dr. Bergner, CDU-Fraktion, erklärte, dass es zu diesem Punkt noch Redebedarf gäbe.

Es wurde ein Grundsatzbeschluss gefasst mit folgenden zwei Aspekten.
Zum einen, ob man generell in der Stadt dafür spricht, dass da ein Kreuzstein aufgestellt werden kann. Das wurde von allen Mitgliedern im Kulturausschuss befürwortet.

Das zweite was noch unklar war, ist die politische Bewertung, die einen völkerrechtlichen Hintergrund hat. Frau Dr. Bergner fragte nach, ob die Stellungnahme der Stadt geklärt sei.

Nach diesen Ausführungen stellte **Herr Bartl, CDU-Fraktion**, den Geschäftsordnungsantrag, auf Absetzung von der Tagesordnung, da es noch Beratungsbedarf gäbe und auch noch Expertenmeinungen dazu eingeholt werden sollten.

Herr Paulsen, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, machte deutlich, dass es hier vor allem um die Frage Völkermord oder nicht ginge und die Orientierung am Wortlaut, wie der Bundestag seine Resolution beschlossen habe, liege. Eine bloße Zurückstellung sei jetzt nicht hilfreich. Die Vorlage sollte in ein entsprechendes Gremium verwiesen und noch einmal diskutiert werden. Er bat um Zustimmung dazu.

Abstimmung GO-Antrag Herr Bartl:

**mehrheitlich abgestimmt
6 Ja-Stimmen, 5 Nein**

Auf die Nachfrage von **Herr Krause, SPD-Fraktion**, bis wann eine Vertagung erfolgen soll, teilte Herr Bürgermeister Geier mit, dass der Antrag auf die nächste Hauptausschusssitzung vertagt sei.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis:

zurückgestellt
durch Geschäftsordnungsantrag der CDU-Fraktion

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat stimmt zu, dass 2015 durch die Armenische Gemeinde Sachsen-Anhalt e.V. ein traditioneller Kreuzstein im Gedenken an den Völkermord an den Armeniern in der osmanischen Türkei 1915 aufgestellt wird.
2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit der Armenischen Gemeinde Sachsen-Anhalt e. V. die entsprechenden Vorbereitungen zu treffen und dem Stadtrat den konkreten Vorschlag zur Aufstellung im Jahr 2014 vorzulegen. Der Kulturausschuss soll über die Arbeitsfortschritte informiert werden.

**zu 5.6 Verteilung der Regionalisierungsmittel des Landes gemäß § 8, § 9 ÖPNV –
Gesetz des Landes für die HAVAG für das Jahr 2013 und die Mittel für den
Ausgleich verbundbedingter Belastungen
Vorlage: V/2012/11019**

Es gab keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis:

abgesetzt
gleiche Voten in den Fachausschüssen

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat bestätigt die Verwendung der Mittel des Landes Sachsen-Anhalt gemäß §8 und § 9 des ÖPNV-Gesetzes des Landes und die Höhe des Ausgleiches verbundbedingter Belastungen an den Mitteldeutschen Verkehrsverbund.

**zu 5.7 Nahverkehrsplan der Stadt Halle (Saale) ab 2012
Vorlage: V/2012/10569**

Es gab keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis:

abgesetzt

im Ausschuss für Finanzen, städtische
Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am
13.11.2012 zurückgestellt

Beschlussvorschlag:

1. Dem Nahverkehrsplan der Stadt Halle (Saale) ab 2012 wird zugestimmt.
2. Der Stadtrat hat jedes Jahr über die Verwendung der finanziellen Mittel aus § 8 ÖPNVG LSA im Folgejahr zu entscheiden.

**zu 5.7.1 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur
Beschlussvorlage Nahverkehrsplan der Stadt Halle (Saale) ab 2012
(Vorlagen-Nr.: V/2012/10569)
Vorlage: V/2012/11136**

Es gab keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis:

abgesetzt

im Ausschuss für Finanzen, städtische
Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am
13.11.2012 zurückgestellt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt:

Unter 1. Grundlagen 1.1 Rechtsrahmen Absatz 2 wird ein letzter Satz angefügt.

„Unabhängig davon, ist die VO (EG) 1370/2007 als primär geltendes europäisches
Recht bei der Organisation und Gestaltung des ÖPNV in der Stadt Halle (Saale)
anzuwenden.“

zu 5.7.2 **Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur
Beschlussvorlage „Nahverkehrsplan der Stadt Halle (Saale) ab 2012“ -
Vorlagen-Nummer: V/2012/10569
Vorlage: V/2012/11108**

Es gab keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis:

abgesetzt

im Ausschuss für Finanzen, städtische
Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am
13.11.2012 zurückgestellt

Beschlussvorschlag:

Der Entwurf ‚Nahverkehrsplan der Stadt Halle (Saale) ab 2012‘ wird in folgenden
Festlegungen geändert:

1. Zielsetzung der Verkürzung der Taktzeiten (Seite 43)

F 5.3.1 Die Straßenbahnlinien haben mit folgenden Grundtakt zu fahren (Tab. 5.2):

[...]

Für Nächte vor arbeitsfreien Tagen gilt die gleiche Vorgabe wie an Samstagen.

**Eine nutzer- und nutzerinnenfreundliche Verkürzung der Taktzeiten, insbesondere in
der Tagesverkehrszeit, wird angestrebt.**

2. Verbesserung Tarif- und Linieninformationen (Seiten 52 und 53)

F 5.7.2 In allen Fahrzeugen sowie an allen Haltestellen im Stadtgebiet sind grundlegende
Informationen zum MDV-Tarif (Tarifsortiment, Zonenzuordnung, Preise usw.), mindestens zu
Fahrkarten für den Sofortgebrauch, sowie Hinweise zum Fahrscheinerwerb **deutlich
sichtbar und verständlich aufbereitet** auszuhängen. Wenn Platzgründe es erfordern,
können in den Bussen und an gering frequentierten Haltestellen die Informationen auf die
Tarife des Stadtverkehrs Halle beschränkt sein. [...]

und

F 5.8.2 Die im Stadtgebiet Linienleistungen erbringenden Verkehrsunternehmen haben
jeweils rechtzeitig die relevanten Informationen aus ihrem Geschäftsbereich für die
Zusammenstellung des Fahrplanhefts an den MDV zu übermitteln. Das Fahrplanheft soll
weiterhin auch Informationen zu Bike+Ride- und Park+Ride-Stellplätzen und zu den
Angeboten des SPNV sowie künftig auch zum Car Sharing und zu den auf Halle bezogenen
Regionalbuslinien umfassen.

**Die Verständlichkeit und Übersichtlichkeit der Fahrplan- und Liniennetzinformation
sind kontinuierlich zu verbessern.** Es ist **dazu insbesondere zu prüfen**, wie die bei der
Straßenbahn durch Linienüberlagerungen entstehenden Verbindungsalternativen auf
Teilstrecken in den Fahrplantabellen besser sichtbar gemacht werden können. [...]

3. Verbesserung Fahrkartenkauf

(Seiten 52 und 53)

F 5.7.3 Für den Einzugsbereich der Stadtverkehrslinien ist ~~anzustreben~~ **umzusetzen**, dass Fahrgäste den ÖPNV unabhängig von ihrer Zugangsstelle durch Erwerb einer Einzelfahrkarte zum Stadttarif mit Bargeld, ~~und~~ EC- oder Kreditkarte ~~an der Haltestelle,~~ **immer im Fahrzeug und entweder an der Haltestelle** oder an einer Vertriebsstelle in Sichtweite mit werktäglich mindestens sieben Stunden Öffnungszeit unkompliziert nutzen können. ~~Sobald dies gewährleistet ist, soll der Verkauf durch den Fahrer eingestellt werden, bei dem bis dahin ein Zuschlag erhoben werden kann.~~

und

F 5.7.4 Der Erwerb des MDV-Fahrscheinsortiments soll an möglichst vielen Stellen des Netzes unkompliziert möglich sein. Das bestehende Netz der Fahrscheinautomaten und Verkaufsentagen ist durch die Verkehrsunternehmen weiterzuführen ~~und bei Bedarf,~~ auszubauen **und deutlich besser erkennbar zu bewerben**. Der Vertrieb von Fahrkarten über elektronische Medien soll weiter ausgebaut und beworben werden.

4. Mobilitätsstationen

(Seite 47)

F 5.4.7 Die bestehenden Bike+Ride-Anlagen (s. Tab. 3.8) sollen weiterbetrieben werden.

Insbesondere an Zugangsstellen, wo wesentliche durch den ÖPNV schlecht erschlossene Quell- und Zielpotenziale im Umkreis von 1 bis 5 km liegen, wo vorhandene Abstellanlagen überlastet sind (z. B. am Hauptbahnhof) oder viele Fahrräder ungeordnet abgestellt werden, sind neue bzw. zusätzliche Abstellmöglichkeiten, **idealerweise in Form umfassender Mobilitätsstationen**, zu schaffen. Auch neue Straßenbahndstellen sind mit Bike+Ride-Anlagen auszustatten. [...]

zu 5.7.3 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Beschlussvorlage Nahverkehrsplan der Stadt Halle (Saale) ab 2012 (Vorlagen-Nr.: V/2012/10569) Vorlage: V/2012/11137

Es gab keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis:

abgesetzt

im Ausschuss für Finanzen, städtische
Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am
13.11.2012 zurückgestellt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt:

Unter 6. „Organisation des ÖSPV“ wird eine Festlegung F 6.6 eingefügt:

F 6.6 Bei einem Wechsel des Anbieters von Linienverkehrsleistungen ist das neu eintretende Verkehrsunternehmen zu verpflichten, die für die zu erbringende Verkehrsleistung erforderlichen Mitarbeiter des bisherigen Verkehrsunternehmens zu den im jeweils geltenden Tarifvertrag TVN-LSA vereinbarten Bedingungen zu übernehmen.

**zu 5.7.4 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur
Beschlussvorlage Nahverkehrsplan der Stadt Halle (Saale) ab 2012
(Vorlagen-Nr.: V/2012/10569)
Vorlage: V/2012/11139**

Es gab keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis:

abgesetzt

im Ausschuss für Finanzen, städtische
Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am
13.11.2012 zurückgestellt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt:

Im Punkt 1.2 „Funktionen des Nahverkehrsplans“ werden unter 2. im 1. Satz die Worte
„...die Ausschreibung...“ durch *„... mögliche Ausschreibungen...“* und i. w. *„... nach dem
PBefG...“* durch *„... auf der Grundlage der VO EU 1370/2007 ...“* ersetzt.

**zu 5.7.5 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur
Beschlussvorlage Nahverkehrsplan der Stadt Halle (Saale) ab 2012
(Vorlagen-Nr.: V/2012/10569)
Vorlage: V/2012/11140**

Es gab keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis:

abgesetzt

im Ausschuss für Finanzen, städtische
Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am
13.11.2012 zurückgestellt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt:

Im Punkt 1.3 „Inhalte und Aufstellung des Nahverkehrsplanes“ werden im Absatz 2 nach „...die Bevölkerungsentwicklung...“ „... als auch soziale Auswirkungen ...“ eingefügt.

**zu 5.7.6 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur
Beschlussvorlage Nahverkehrsplan der Stadt Halle (Saale) ab 2012
(Vorlagen-Nr.: V/2012/10569)
Vorlage: V/2012/11141**

Es gab keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis:

abgesetzt

im Ausschuss für Finanzen, städtische
Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am
13.11.2012 zurückgestellt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt:

Die Festlegung F 5.3.9 wird im zweiten Anstrich ersetzt durch:

„dass der Besetzungsgrad in der Spitzenstunde max. 65 % (Richtwert) bzw. max. 70 %
(Grenzwert) sowie in der Normalverkehrszeit max. 50 % (Richtwert) bzw. max. 55 %
(Grenzwert) nicht übersteigt“

**zu 5.7.7 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur
Beschlussvorlage Nahverkehrsplan der Stadt Halle (Saale) ab 2012
(Vorlagen-Nr.: V/2012/10569)
Vorlage: V/2012/11142**

Es gab keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis:

abgesetzt

im Ausschuss für Finanzen, städtische
Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am
13.11.2012 zurückgestellt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt:

Im Abschnitt 4.3.2 „Aktivierung von Potenzialen“ wird an den 1. Absatz angefügt

„Zu den Maßnahmen zur Aktivierung von Potentialen für die Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel gehört insbesondere ebenso der Abbau von Behinderungen im öffentlichen Verkehr (u. a. Optimierung von Baumaßnahmen im öffentlichen Verkehrsraum, konsequente Investition in separate Fahrspuren für öffentliche Verkehrsmittel, die Begrenzung der jährlichen Preisveränderung auf das Niveau der Inflationsrate).“

zu 5.7.8 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Beschlussvorlage Nahverkehrsplan der Stadt Halle (Saale) ab 2012 (Vorlagen-Nr.: V/2012/10569) Vorlage: V/2012/11143

Es gab keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis:

abgesetzt

im Ausschuss für Finanzen, städtische
Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am
13.11.2012 zurückgestellt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt:

F 5.3.8 streichen ...“nicht mehr als 1 min vor“

zu 5.7.9 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Beschlussvorlage Nahverkehrsplan der Stadt Halle (Saale) ab 2012 (Vorlagen-Nr.: V/2012/10569) Vorlage: V/2012/11144

Es gab keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis:

abgesetzt

im Ausschuss für Finanzen, städtische
Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am
13.11.2012 zurückgestellt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt:

F 5.5.3 Abbildung 19 In die Beschleunigungsstufe ALPHA sind die Linienabschnitte Riebeckplatz – Damaschkestraße, Reileck – Trotha, und Halle-Neustadt - Rennbahnkreuz aufzunehmen.

**zu 5.7.10 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur
Beschlussvorlage Nahverkehrsplan der Stadt Halle (Saale) ab 2012
(Vorlagen-Nr.: V/2012/10569)
Vorlage: V/2012/11145**

Es gab keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis:

abgesetzt

im Ausschuss für Finanzen, städtische
Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am
13.11.2012 zurückgestellt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt:

- F 6.4 ersetzen „4. ... ein jeweils gültiger Tariflohn des Verkehrsgewerbes ...“
durch „... ist eine Vergütung entsprechend dem jeweils geltenden Tarifvertrag
Nahverkehr Land Sachsen-Anhalt (TV- N LSA) ...“

**zu 5.7.11 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur
Beschlussvorlage Nahverkehrsplan der Stadt Halle (Saale) ab 2012
(Vorlagen-Nr.: V/2012/10569)
Vorlage: V/2012/11146**

Es gab keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis:

abgesetzt

im Ausschuss für Finanzen, städtische
Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am
13.11.2012 zurückgestellt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt:

- F 7.2.3 ergänzen: „ ... Realisierung eines 0/30-Taktknotens ...“

**zu 5.7.12 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur
Beschlussvorlage Nahverkehrsplan der Stadt Halle (Saale) ab 2012
(Vorlagen-Nr.: V/2012/10569)
Vorlage: V/2012/11147**

Es gab keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis:

abgesetzt

im Ausschuss für Finanzen, städtische
Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am
13.11.2012 zurückgestellt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt:

- F 7.3.1 vollständig streichen

**zu 5.7.13 Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum
Nahverkehrsplan der Stadt Halle (Saale) ab 2012 (V/2012/10569)
Vorlage: V/2012/11186**

Es gab keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis:

abgesetzt

im Ausschuss für Finanzen, städtische
Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am
13.11.2012 zurückgestellt

Beschlussvorschlag:

3. ~~Dem~~ **Der Nahverkehrsplan der Stadt Halle (Saale) ab 2012 wird zugestimmt mit folgenden Änderungen überarbeitet:**
 - a. **Ein gleichberechtigtes Nebeneinander der Verkehrsarten wird durch die Stadt Halle (Saale) sichergestellt.**
 - b. **Die langfristige demografische Entwicklung der Stadt wird im Nahverkehrsplan berücksichtigt.**
 - c. **Der Nahverkehrsplan orientiert sich an den finanziellen Gegebenheiten der Stadt Halle (Saale).**
4. Der Stadtrat hat jedes Jahr über die Verwendung der finanziellen Mittel aus § 8

ÖPNVG LSA im Folgejahr zu entscheiden.

**zu 5.7.14 Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Vorlage
"Nahverkehrsplan der Stadt Halle (Saale) ab 2012 (Vorlage V/2012/10569)
Vorlage: V/2012/11237**

Es gab keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis:

abgesetzt

im Ausschuss für Finanzen, städtische
Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am
13.11.2012 zurückgestellt

Beschlussvorschlag:

In Punkt F 6.1 wird ans Ende des Punktes eingefügt:

„Die Stadt hat die Möglichkeit, eine Vergabe nach Artikel 5 Absatz 2 der EU VO 1370/2009
(Direktvergabe) in jedem Fall in Betracht zu ziehen.“

**zu 5.8 Beschluss des Integrierten Strategiepapiers und der Fortschreibung des
Stadtentwicklungskonzeptes Halle 2025
Vorlage: V/2012/10762**

Es gab keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis:

abgesetzt

gleiche Voten in den Fachausschüssen

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beschließt **nimmt** das Integrierte Strategiepapier, bestehend aus dem Strategiepapier „Vernetzte Vielfalt – Wissenschaft als kreativer Motor der Stadtentwicklung“ und dem „Räumlichen Leitbild Halle 2025 *plus*“, **als Diskussionsgrundlage zur Kenntnis**.
2. Der Stadtrat beschließt, das Integrierte Stadtentwicklungskonzept aus dem Jahr 2007 als Integriertes Stadtentwicklungskonzept Halle 2025 ~~auf Grundlage von Strategiepapier und Räumlichem Leitbild~~ fortzuschreiben.
- ~~3. Die bisherige „Lenkungsgruppe Strategiedialog“ begleitet als „Lenkungsgruppe Stadtentwicklungskonzept“ die Fortschreibung.~~
3. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Fortschreibung des Integrierten Stadtentwicklungskonzepts, insbesondere die Bestandsanalyse, auf der

Grundlage wissenschaftlicher Indikatoren durchzuführen und Ziele und Maßnahmen für die Stadtentwicklung festzulegen.

4. Von Beginn an ist die Öffentlichkeit in die Erarbeitung des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes Halle 2025 einzubeziehen und regelmäßig über den Fortgang der Arbeiten zu informieren. In die Beteiligung sind insbesondere folgende Akteure von Anfang an gleichermaßen einzubeziehen:

- der Stadtrat als Vertreter der Politik,
- Vertreter der einzelnen Stadtteile (Bürgerinnen und Bürger, Bürgerschaftliche Vereine und Initiativen der Stadt Halle),
- Vertreter der öffentlichen Verwaltung,
- externe Experten, z. B. für Stadtplanung,
- Vertreter der Wirtschaft,
- Vertreter der Wissenschaft,
- Vertreter von Kunst und Kultur,
- Umweltverbände.

zu 5.9 2. Satzung zur Änderung der Satzung über die Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen in der Stadt Halle (Saale) - Grundstücksentwässerungssatzung vom 16.12.2009
Vorlage: V/2012/11024

Es gab keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis:

abgesetzt

gleiche Voten in den Fachausschüssen

Beschlussvorschlag:

Der 2. Satzung zur Änderung der Satzung über die Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen in der Stadt Halle (Saale) – Grundstücksentwässerungssatzung vom 16.12.2009 wird zugestimmt.

zu 5.10 4. Satzung zur Änderung der "Abfallwirtschaftssatzung der Stadt Halle (Saale) vom 22.11.2006"
Vorlage: V/2012/10949

Es gab keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis:

abgesetzt

gleiche Voten in den Fachausschüssen

Beschlussvorschlag:

Der 4. Satzung zur Änderung der „Abfallwirtschaftssatzung der Stadt Halle (Saale) vom 22.11.2006“ wird zugestimmt.

**zu 5.11 Abfallgebührensatzung der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2012/10950**

Es gab keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis:

abgesetzt
gleiche Voten in den Fachausschüssen

Beschlussvorschlag:

Der Abfallgebührensatzung der Stadt Halle (Saale) wird zugestimmt.

**zu 5.12 Brandschutzbedarfsplan
Vorlage: V/2012/10626**

Es gab keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis:

abgesetzt
im Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligung und Liegenschaften am 13.11.2012 zurückgestellt

geänderter Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beschließt die unter Kapitel 8.3 des anliegenden Brandschutzbedarfsplans aufgeführten Maßnahmen. Die Umsetzung erfolgt nach Maßgabe des Haushaltsplanes.
2. Zur Gewährleistung des abwehrenden Brandschutzes und der Hilfeleistung ~~im Industriegebiet Star Park Halle A 14~~ ist **die Errichtung einer weiteren Außenwache der Berufsfeuerwehr zu errichten notwendig. Ziel ist die Umsetzung des zu realisierenden Schutzziels im nördlichen und nordöstlichen Stadtgebiet sowie im Industriegebiet Star Park Halle A 14.**

3. Der Stadtrat beschließt folgendes Schutzziel:

- **9 Einsatzkräfte treffen in der Regel und unter gewöhnlichen Bedingungen innerhalb von 12 Minuten nach der Alarmierung an jeder Einsatzstelle ein, die über öffentliche Verkehrsflächen zu erreichen ist.**
- **Nach weiteren 5 Minuten sollen 6 weitere Einsatzkräfte an der Einsatzstelle eintreffen.**
- **Bei mindestens 80 % der hilfsfristpflichtigen Einsätze sollen in jedem Stadtteil/Stadtviertel die Zielgröße Hilfsfrist und Funktionsstärke eingehalten werden.**

**zu 5.13 Vorbereitung des Antragsverfahren für Schulen und Horte im Rahmen des Programms STARK III - EFRE, Phase 2
Vorlage: V/2012/11129**

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, bedankte sich zunächst dafür, dass der Finanzausschuss den Punkt 2 konkretisiert und gesagt hat „oder alternative Standorte entsprechend der beschlossenen Investitionsprioritätenliste“. Damit sei der Punkt zwei abgeschlossen. Denn der Finanzausschuss kann pro Einzelbereich für 500.000 EUR bescheiden, abschließend. Und damit sei dieser Einzelbereich auch untersetzt.

Zum Punkt 1 gab es zwei Änderungen, den Neubau bzw. die Veränderung bei der Auen-
schule mit der Frage der Förderschule für Geistig Behinderte, und es wurde im Bereich der
Grundschule Sekundarschule Kastanienallee das Wort Campus geändert. Damit könnten die
Änderungen mit einem kurzfristigen Ja durch den Ausschuss weitergegeben werden bis zum
Stadtrat.

Herr Kogge, wies darauf hin, dass das Wort Campus gestrichen wurde, weil es das nicht
gab und das Wort Grundschule und Sekundarschule in deutscher Sprache ausgeschrieben
worden sind.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt
1 Enthaltung

geänderter Beschlussvorschlag:

**1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt im Rahmen des Förderprogramms STARK III –
EFRE, Phase 2, weitere Schulen und Horte zur Förderung von Investitionen zur Steigerung
der Energieeffizienz für das Antragsverfahren vorzubereiten.**

Im Rahmen des Antragsverfahrens werden folgende Schulen zur Prüfung vorgeschlagen:

- **Campus Grund- und Sekundarschule Kastanienallee mit Hort**

- Grundschule „Albrecht Dürer“ mit Hort
- Grundschule „Hans Christian Andersen“
- Grundschule Glaucha mit Hort
- Grundschule Frohe Zukunft
- Grundschule Johannesschule mit Hort
- Sekundarschule Halle-Süd
- **Neubau Grundschule Auenschule mit Hort und Förderschule für Geistigbehinderte Astrid Lindgren“ als Modellvorhaben**
- Grundschule Diemitz / Freimfelde mit Hort

2. Zur Realisierung des Antragsverfahrens ~~sind ist~~ im Haushalt ~~2013 2012 die Planung so zu konkretisieren, dass~~ Planungsmittel für die konkreten Standorte **außerplanmäßig bereitzustellen stehen.**

**zu 5.14 Jahresabschluss 2011 für den EigenBetrieb Zentrales GebäudeManagement Halle (Saale)
Vorlage: V/2012/11114**

Es gab keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis:

abgesetzt

gleiche Voten in den Fachausschüssen

Beschlussvorschlag:

1. Der Jahresabschluss für den **EigenBetrieb Zentrales GebäudeManagement Halle (Saale)** für das Wirtschaftsjahr 2011 wird wie folgt festgestellt:

Jahresgewinn:	906,14 €
Bilanzsumme:	27.545.714,14 €.

2. Dem Betriebsleiter des **EigenBetrieb Zentrales GebäudeManagement Halle (Saale)** wird für das Wirtschaftsjahr 2011 gemäß § 18 (4) Satz 2 Nr. 3 EigenBG LSA Entlastung erteilt.
3. Der Jahresgewinn in Höhe von 906,14 € wird auf neue Rechnungen vorgetragen.

**zu 5.15 Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2013 des EigenBetriebes Zentrales GebäudeManagement der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2012/11115**

Es gab keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis:

abgesetzt

gleiche Voten in den Fachausschüssen

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt, entsprechend § 10 Abs. 2 a) der Satzung der Stadt Halle (Saale), für den „Eigenbetrieb Zentrales GebäudeManagement der Stadt Halle (Saale)“ den Wirtschaftsplan für das Jahr 2013.

**zu 5.16 Stellungnahme der Verwaltung zum Bericht über die Prüfung des Ersatzneubaus Kurt-Wabbel-Stadion in der Stadt Halle (Saale) unter Berücksichtigung der Gewährung von Fördermitteln des Lande gemäß § 88 ff. LHO i.V.m. § 126 GO LSA
Vorlage: V/2012/11154**

Es gab keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis:

abgesetzt

gleiche Voten in den Fachausschüssen

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt die als Anlage beigefügte Stellungnahme zum vorgenannten Prüfbericht des Landesrechnungshofes vom 04.10.2012.

**zu 5.17 Änderung des Stadtratsbeschlusses vom 31.08.2011 zum Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Erstellung eines regionalen Strategiekonzeptes zur ambulanten Suchthilfe der Stadt Halle -
Vorlage: V/2011/09673
Vorlage: V/2012/11109**

Herr Bürgermeister Geier stellte die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE., wies darauf hin, dass die Verwaltung den Auftrag hatte, die entsprechende Formulierung, die textlich schon besprochen wurde, bis zur Ratssitzung vorzulegen.

Herr Bönisch, CDU-Fraktion, ergänzte, dass die konkrete Formulierung der Vorlage nicht korrekt sei. Es stehe da, dass der Beschluss des Stadtrats verändert werde aber nicht konkret wie.

In diesem Zusammenhang teilte **Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE**, mit, dass der Punkt 1 so beschlossen werden sollte und der Punkt 2 sollte lauten, dass vorher der Beschluss aus 2011 aufgehoben wird.

Da noch keine neue Formulierung der Beschlussvorlage vorliege, bat **Herr Bönisch** um Absetzung des Antrages.

Herr Bürgermeister Geier bat um Abstimmung des Geschäftsordnungsantrages von Herrn Bönisch:

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**
6 Ja-Stimmen, 5 Nein

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis: **abgesetzt**
durch Geschäftsordnungsantrag der CDU-Fraktion

Beschlussvorschlag:

Die Oberbürgermeisterin empfiehlt dem Stadtrat, folgenden Beschluss zu fassen:

Für die Erstellung eines regionalen Strategiekonzeptes zur ambulanten Suchthilfe der Stadt Halle (Saale) die Mitwirkung Dritter. Die Zahlung einer Aufwandsentschädigung ist erforderlich.

zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 6.1 Antrag der CDU-Fraktion zur Errichtung einer öffentlichen Bedürfnisanstalt im Gebiet der Ziegelwiese
Vorlage: V/2012/10964

Es gab keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis: **abgesetzt**
im Ausschuss für Planungsangelegenheiten am 13.11.2012 vertagt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt:

Die Stadtverwaltung überprüft die Möglichkeit der Errichtung einer öffentlichen Bedürfnisanstalt in unmittelbarer Nähe zur Ziegelwiese. Dabei sollen auch Varianten zur Finanzierung untersucht werden.

Über das Ergebnis der Prüfung unterrichtet die Stadtverwaltung den Ordnungs- und Umweltausschuss sowie den Planungsausschuss spätestens in den Sitzungen im November 2012.

**zu 6.2 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Förderung bürgerschaftlichen Einzelengagement
Vorlage: V/2012/10865**

Herr Paulsen, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, wies darauf hin, dass der Antrag durch die Oberbürgermeisterin in den Hauptausschuss verwiesen wurde, weil sie einen Vorschlag zur Umsetzung vorlegen wollte.

In diesem Zusammenhang informierte **Herr Wolter, MitBÜRGER für Halle**, dass die unterschiedlichen Stellungnahmen der Verwaltung korrigiert und ergänzt worden sind.

Herr Bürgermeister Geier bat um Abstimmung des Antrages.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

7 Ja-Stimmen

3 Nein-Stimmen

1 Enthaltung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt:

1. für bürgerschaftliches Engagement in der Stadt zu werben, Einzelinitiativen zu fördern, zu bündeln und eine Koordination dieser vorzunehmen;
2. für Einzelinitiativen eine Ansprechpartnerin oder einen Ansprechpartner für Bürgerinnen und Bürger zu benennen, welche resp. welcher zugleich das Einbinden der Aktivitäten in das Verwaltungshandeln übernimmt;
3. mögliche Formen der Transparenz des bürgerschaftlichen (Einzel-)Engagements zu etablieren und die Würdigung nachvollziehbar darzustellen.

**zu 6.3 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Korruptionsprävention
Vorlage: V/2012/10985**

Es gab keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis:

abgesetzt

im Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligung und Liegenschaften am 13.11.2012 zurückgestellt

geänderter Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt,

in einem jährlichen Bericht entsprechende Einzelaufstellungen über erhaltene Geld-, Sach- und Dienstleistungen aus Sponsoring mit einem Wert von mehr als 1.000 Euro in geeigneter Form zu veröffentlichen.

Neben den Angaben

- des Empfängers der Leistung,
- der Bezeichnung der Sponsoringleistung,
- der Höhe des Geldbetrages/des Wertes der Leistung
- der Verwendung der Sponsoringleistung

soll auch die Angabe des Gebers namentlich **sowie die Gegenleistung der Stadt aufgeführt werden.**

**zu 6.4 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Wahl von Beigeordneten in Halle
Vorlage: V/2012/11002**

Es gab keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis:

abgesetzt

es liegt bisher noch keine Stellungnahme des Landesverwaltungsamtes vor, inwieweit sich eine solche Regelung mit der Gemeindeordnung vereinbaren lässt

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, zukünftigen Vorlagen zur Festlegung des Wahltages von Beigeordneten der Stadt Halle den Text der Stellenausschreibung als abänderbare Anlage zur Beschlussfassung vorzulegen.

**zu 6.5 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Brandschutzgrundsicherung der geplanten Grundschule Glaucha
Vorlage: V/2012/11148**

Es gab keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis:

abgesetzt

im Ausschuss für Finanzen, städtische
Beteiligung und Liegenschaften am
13.11.2012 zurückgestellt

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, für eine Eröffnung des Grundschulstandortes Glaucha zum Schuljahr 2013/14 die notwendige Brandschutzgrundsicherung durchzuführen und die notwendigen Investitionsmittel in den Haushaltsplan 2013 einzustellen.

Hinsichtlich der Finanzierung ist vorrangig zu prüfen, ob Einnahmen aus Grundstücksveräußerungen, beispielsweise dem beschlossenen Verkauf des Grundstücks Gemarkung Kröllwitz, Flur 24, Flurstück 1354 – Teil-B-Plan-Nr. 32.9 (Beschluss des Finanzausschuss vom 18.09.2012 zur Vorlage V/2012/11015), für die Maßnahme genutzt werden können.

**zu 6.6 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Unterstützung der
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
Vorlage: V/2012/11102**

zu 6.6.1. Der TOP wurde als eigenständiger Antrag unter TOP 6.9 behandelt

**zu 6.6.2. Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Antrag der
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Unterstützung der Martin-Luther-
Universität Halle-Wittenberg (Vorlagen-Nr. V/2012/11102)
Vorlage: V/2012/11168
vertagt durch Geschäftsordnungsantrag der CDU-Fraktion**

**zu 6.6.2.1. Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion zum Änderungsantrag der
SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN zur Unterstützung der Martin-Luther-Universität Halle-
Wittenberg (Vorlagen-Nr. V/2012/11168)
Vorlage: V/2012/11172
vertagt durch Geschäftsordnungsantrag der CDU-Fraktion**

**zu 6.6.2.2. Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. zum Änderungsantrag der SPD-
Stadtratsfraktion zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur
Unterstützung der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (Vorlagen-
Nr.: V/2012/11168)
Vorlage: V/2012/11240
vertagt durch Geschäftsordnungsantrag der CDU-Fraktion**

Herr Bürgermeister Geier informierte, dass ein geänderter Antrag vorliegt, der den Änderungsantrag der Linken und der SPD berücksichtigte.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, wies darauf hin, dass jetzt eine aktuelle Überarbeitung des Antrages vorliege.

Intentionen sind zum einen, vor dem Hintergrund, Wissenschaftsstadt sein zu wollen, dass die Stadt sich positioniert angesichts der derzeitigen Sparbemühungen des Landes gegenüber den Hochschulen. Und zum anderen sollten möglichst viele Änderungsanträge dazu aufgenommen werden.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE, machte zum ersten Punkt zur angemessenen Finanzierung der Hochschulen den Vorschlag, einen zweiten Satz aufzunehmen: „Die Anzahl der Studienplätze und somit die Kapazität in Forschung und Lehre sollen erhalten bleiben“.

Bezogen auf Punkt 4 bat er darum, nicht nur den Rektor in den Stadtrat einzuladen, sondern auch Vertreterinnen oder Vertreter des Personalrates und des Studierendenrates.

Herr Bürgermeister Geier stellte daraufhin fest, dass es dann noch einmal eine Änderung gäbe.

Herr Kley, FDP-Fraktion, machte deutlich, dass der Stadtrat keinerlei Zuständigkeit für die Hochschule selbst habe und er deshalb der Einladung von Hochschulvertretern in den Stadtrat nicht zustimmen könne.

Auf Grund der Anfrage von **Herrn Bönisch, CDU-Fraktion**, wie die Hochschulen auf den Antrag reagiert hätten, wurde festgestellt, dass noch keine Abstimmungsgespräche mit den Hochschulen dazu stattfanden.

Daraufhin stellte **Herr Böhnisch** den Antrag auf Vertagung.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE, wies darauf hin, dass der Vorschlag aus dem Grunde gemacht wurde, dass von Seiten der Stadt ein Dialog initialisiert werden sollte, damit sich die Stadt auch an dieser Stelle mit in die Strukturdiskussionen zur Hochschule einbringen könne. Auch sei es für ihn kein Problem, die Hochschulvertreter in den Stadtrat einzuladen, um ihre Positionen in den Hochschulen darzustellen.

Frau Ewert, SPD-Fraktion, teilte mit, dass sie dem Antrag ebenfalls nicht zustimmen könne, da es über die Köpfe der Teilnehmer hinweg beschlossen werde. Außerdem gäbe es auch die Möglichkeit, bei Bedarf im Wirtschafts- und Wissenschaftsausschuss zu reden und zu diskutieren.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, äußerte sich erstaunt über die Diskussion zur Einladung von Vertretern der Wissenschaft. Die Politik wolle mit Vertretern der Wissenschaft reden. Und das sollte auch positiv gesehen werden.

Ebenso wies er darauf hin, dass die Änderungsanträge alle schon vorlagen und insofern sollten die Inhalte auch beraten und beschlossen werden. Deutliche Signale der Hochschule gäbe es ebenfalls.

Herr Paulsen, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, stellte klar, dass aus diesem Grund eine Vertagung unangebracht wäre und bat um eine Zustimmung des Antrages.

Daraufhin stellte **Herr Bönisch, CDU-Fraktion**, den Antrag, dass der Geschäftsordnungsantrag vertagt wird, bis mit den Rektoren der Hochschulen gesprochen worden ist.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE, merkte dazu an, dass eigentlich keine Zeit für eine Vertagung wäre, und jetzt über den Antrag abgestimmt werden könne.

Herr Bürgermeister Geier bat um Abstimmung des Antrages von Herrn Böhnisch auf Vertagung des Tagesordnungspunktes 6.6

Abstimmungsergebnis:

**mehrheitlich zugestimmt
6 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen**

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis:

vertagt

durch Geschäftsordnungsantrag der CDU-Fraktion

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) fordert Landesregierung und Landtag auf, der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg für dieses und die Folgejahre eine angemessene Finanzierung zur Verfügung zu stellen und auf weitere Budgetkürzungen zu verzichten.

zu 6.6.1 Der TOP wurde als eigenständiger Antrag unter TOP 6.9 behandelt

**zu 6.6.2 Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Unterstützung der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (Vorlagen-Nr. V/2012/11102)
Vorlage: V/2012/11168**

Abstimmungsergebnis:

vertagt

durch Geschäftsordnungsantrag der CDU-Fraktion

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) fordert Landesregierung und Landtag auf, der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg für dieses und die Folgejahre eine angemessene Finanzierung zur Verfügung zu stellen und auf weitere Budgetkürzungen zu verzichten.
2. **Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) lädt den Rektor der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg zu einer öffentlichen Anhörung in die nächste Stadtratssitzung ein.**

zu 6.6.2.1 Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion zum Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Unterstützung der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (Vorlagen-Nr. V/2012/11168)

Abstimmungsergebnis:

vertagt

durch Geschäftsordnungsantrag der CDU-Fraktion

Beschlussvorschlag:

3. Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) fordert Landesregierung und Landtag auf, der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg für dieses und die Folgejahre eine angemessene Finanzierung zur Verfügung zu stellen und auf weitere Budgetkürzungen zu verzichten.
4. Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) lädt den Rektor der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg **und den Finanzminister des Landes Sachsen-Anhalt** zu einer öffentlichen Anhörung in die nächste Stadtratssitzung ein.

**zu 6.6.2.2 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. zum Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Unterstützung der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (Vorlagen-Nr.: V/2012/11168)
Vorlage: V/2012/11240**

Abstimmungsergebnis:

vertagt

durch Geschäftsordnungsantrag der CDU-Fraktion

Beschlussvorschlag:

Der Beschlussvorschlag im Punkt 2 wird wie folgt geändert:

2. Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) lädt den Rektor, **den Studierendenrat und den Personalrat** der Martin-Luther-Universität Halle- Wittenberg zu einer öffentlichen Anhörung in die nächste Stadtratssitzung ein.
-

**zu 6.7 Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN zur Fortschreibung des Bibliotheksentwicklungsplans der Stadtbibliothek
Vorlage: V/2012/10992**

Es gab keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis:

abgesetzt

gleiche Voten in den Fachausschüssen

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, dem Stadtrat bis zum Ende des 1. Quartals 2013 eine Fortschreibung des „Bibliotheksentwicklungsplans der Stadtbibliothek Halle (Saale) 2004 bis 2007“ zur Beschlussfassung vorzulegen.
2. Der Bibliotheksentwicklungsplan soll insbesondere Aussagen zu folgenden Aspekten treffen:
 - Profil und Bestand der Zentralbibliothek, Musikbibliothek, Fahrbibliothek und der Stadtteilbibliotheken
 - Strategische Ziele bzgl. der Bestandsentwicklung; insbesondere konkrete Maßnahmen:
 - zur Erweiterung der LeserInnenschaft und Erschließung neuer Nutzergruppen
 - zur Erhöhung der Nutzungsintensität, Verfügbarkeit und Effizienz des Bestandes
 - zur verstärkten Einführung elektronischer Medien
 - zur Mittelakquise (Sponsoring, Fundraising, privatwirtschaftliche Betätigungen etc.)
 - Entwicklung der Online-Informationendienste
 - Zusammenarbeit mit Kindertageseinrichtungen und Schulen
 - Integration von MigrantInnen
 - Barrierefreier Zugang
 - Öffnungszeiten und Personalentwicklung
 - Gebäude- bzw. Raumsituation
 - Konsolidierungsvorhaben
 - Öffentlichkeitsarbeit
 - Regelmäßige Berichterstattung zur Umsetzung der Konzeption

**zu 6.8 Antrag der Stadtratsfraktionen DIE LINKE., BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zu Vergabekriterien für Veranstaltungen auf dem Marktplatz und Hallmarkt
Vorlage: V/2012/10986**

Es gab keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis:

abgesetzt

gleiche Voten in den Fachausschüssen

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit der Stadtmarketing Halle GmbH und dem Fachforum Politik der Stadtmarketing GmbH unter kulturellen, ökonomischen und touristischen Aspekten, Kriterien und Standards für die Vergabe von Marktplatz und Hallmarkt für regional und überregional bedeutende Veranstaltungen ab dem Jahr 2013 zu entwickeln und dem Stadtrat zur Beschlussfassung im November vorzulegen sowie in geeigneter Form zu veröffentlichen.

**zu 6.9 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Unterstützung der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (Vorlagen-Nr. V/2012/11102)
Vorlage: V/2012/11165**

Es gab keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis:

vertagt

durch Geschäftsordnungsantrag der CDU-Fraktion

Beschlussvorschlag:

5. Der Stadtrat stellt fest, dass die MLU als größter Arbeitgeber und größte Hochschule des Landes eine herausragende Bedeutung für die Entwicklung der Stadt Halle (Saale) hat. Vor diesem Hintergrund fordert der Stadtrat die Landesregierung auf, die Anzahl der Studienplätze, und somit die Kapazität für Forschung und Lehre zu erhalten. Das schließt eine auskömmliche Finanzierung ein.
6. Die zukünftige Ausgestaltung der Hochschulstrukturen im Land und die damit verbundenen zukünftigen Profile der Hochschule haben enorme Auswirkungen auf die Entwicklung von Stadt und Region. Vor diesem Hintergrund beauftragt der Stadtrat die Stadtverwaltung, ein Dialogforum in der Region zu initialisieren. Partner sollen dabei

neben Stadt und Landkreis die außeruniversitären Forschungseinrichtungen, die Hochschule in Halle und Saalekreis, die regionale Wirtschaft sowie die Landesregierung sein. Ziel des Dialogforums ist es, die im nächsten Jahr stattfindende Neustrukturierung der Hochschullandschaft aus regionalpolitischer Sicht zu begleiten.

zu 7 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine schriftlichen Anfragen von Fraktionen und Stadträten vor.

zu 8 Mitteilungen

zu 8.1 Fortschreibung Personalbericht 2012 der Stadt Halle (Saale) Vorlage: V/2012/11008

Herr Bürgermeister Geier machte folgende Ausführungen zum Personalbericht 2012.

Eine Fortschreibung des Berichtes vom März 2012 liegt jetzt vor. Die Daten beziehen sich auf eine Stichtagsbetrachtung zum 30.06.2012. Die Themen Personalkosten, Personalentwicklung und die Einbeziehung der Eigenbetriebe wurde berücksichtigt. Außerdem wurde ein entsprechender Vergleich vorgenommen zur Personalkonstellation mit Magdeburg.

Frau Nagel, Fraktion DIE LINKE, fragte nach den Einstellungen, welche in der Stadt vorgenommen worden sind und wies darauf hin, dass es sich hierbei nicht nur im Ingenieure handeln würde, sondern um Einstellungen in den verschiedenen Dezernaten mit diversen Vergütungsgruppen. Da 2011 und 2012 ja die vorläufige Haushaltsführung galt, fragte sie an, wer die Einstellungen vornahm und wer die Entscheidung macht, dass die Einstellung notwendig sei.

Daraufhin informierte **Herr Bürgermeister Geier**, dass eine Einstellung im Dialogverfahren zwischen dem Fachamt und dem Personalamt abläuft. Das Fachamt verifiziert einen Bedarf und daraufhin erfolgt eine Prüfung durch das Personalamt in drei Schritten. Schritt 1 ist, zu prüfen, ob geeignetes Personal im Überhang vorhanden ist. Ist dies nicht der Fall erfolgt Schritt 2 mit einer verwaltungsinternen Ausschreibung. Sollte dies auch nicht zum Erfolg führen, wird Schritt 3, unter Abwägung der Gesamtumstände ein Antrag auf externe Ausschreibung an die Oberbürgermeisterin gestellt.

Die Anfrage von Frau Nagel, wer die Entscheidung trifft, ob die Notwendigkeit der Stellenbesetzung besteht, wurde durch **Herrn Bürgermeister Geier** dahingehend beantwortet, dass diese Entscheidung durch den Amtsleiter getroffen werde.

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, äußerte sich dahingehend, dass auf Seite 11 im Personalbericht ein Konsolidierungsziel von 200 Vollzeitstellen bis Ende 2012 definiert ist. Er wolle wissen, ob die Verwaltung ihre eigenen Konsolidierungsziele zum 31.12. erreicht.

Herr Bürgermeister Geier führte dazu aus, dass die Verwaltung das Ziel, zum 31.12.2012 200 Vollzeitstellen über Haushaltskonsolidierung zu erreichen, nicht geschafft hat. Ein Grund dafür ist, dass eine inhaltliche Fortschreibung der Fachkonzepte notwendig sei. Und zweitens läge es auch daran, dass mit der Diskussion um einen Sparberater u.a. die Lenkungsgruppe nicht so beibehalten werden konnte, wie es Ende Februar gedacht war. Und es liegt an den Umstrukturierungen infolge des Wechsels des Oberbürgermeisters.

Herr Krause, SPD-Fraktion, äußerte sein Unverständnis zu diesen Ausführungen, denn schon zum letzten Haushalt wurde eine Personalkonzeption sowie die Frage der Fachkonzepte diskutiert. Mehrmals habe er im Stadtrat nach der nächsten Runde Lenkungsausschuss Fachkonzepte gefragt. Dass jetzt die fehlenden Fachkonzepte Grund dafür seien, dass die Zahlen nicht erreicht werden, könne er nicht nachvollziehen.

Herr Krause, SPD-Fraktion, bat um Beantwortung der Fragen, wann es weiter geht mit den Fachkonzepten und wann sind die Soll-Zahlen in diesem Bereich erfüllt.

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, fragte nach, ob die zusätzlichen Aufwendungen wegen Eintreten in die Freizeitphase – Altersteilzeit – die zusätzlichen Einstellungen, die auf Grund dessen geschehen, wirklich gedeckt sind, oder ob es noch zusätzliche Ausgaben im Personalbereich gibt.

Herr Bürgermeister Geier übergab zu diesem Punkt das Wort an Frau Unger auch mit der Bitte um die Darstellung des aktuellen Standes der Fachkonzepte.

Frau Unger, Amtsleiterin Personalamt: erinnerte an die gemeinsamen Beratungen zur Haushaltsplanberatung im Frühjahr. Hierbei ging es um die Thematik der Tarifsteigerung. Es wurde überlegt, ob diese Zahlen für 2012 noch geändert werden oder es man dabei belasse.

In der Prognose wird darauf hingewiesen, dass der Mehrbedarf im laufenden Haushaltsjahr über den Sockelbetrag von 1,5%, der immer vorgesehen werde, hinaus gehe. Mit 1,4 Mio. EUR. Der Ansatz wurde nicht geändert.

Der Quartalsbericht zum III. Quartal sah aus, dass der Personalkostenetat nicht überzogen werde und man mit dem geplanten Geld auskommen werde.

Die Gründe hierfür liegen unter anderem daran, dass eine globale Minderung abgezogen werden könne. Es gebe immer einen bestimmten Krankenstand und die entsprechenden Kosten für die Vorsorge können berücksichtigt werden. Damit werde ein bestimmter Betrag zur Verfügung stehen, der die 1,5% Tarifierhöhung ausgleichen kann.

In der Vergangenheit wurden den Ämtern keine Aufgaben entzogen. Iman habe die Zielzahlen der Fachkonzepte erreicht, sogar unterschritten.

Derzeit werden in den Ämtern alle zusätzlichen Aufgaben abgedeckt, wie auch Dienstaustritte.

Es bestehe in den einzelnen Ämtern ein hoher Krankenstand, der jedoch nicht nur Arbeitsursachen habe. Hinzu komme das stringente Einstellungsverhalten der Stadt Halle in Bezug auf externe Einstellungen.

Um aus dem Dilemma herauszukommen, gebe es nur die Alternative der Fortschreibung der Fachkonzepte. Eine aufgabekritische Betrachtung tätigen, die auch Aufgabenwegfall einschließt und die auch einschließt, an Stellen, wo mehr Personal erforderlich ist, dieses Personal zuzuführen.

Herr Krause, SPD-Fraktion, fragte nach, ob er richtig verstanden habe, dass diese 500 Stellen Krankenstand etwa 2,4 – 2,5 Mio. EUR ausmachen. Die wurde von Frau Unger bestätigt. Sie wies aber darauf hin, dass es sich nicht um Stellen handle, sondern um 500 Beschäftigte, die langzeiterkrankt und im Jahresdurchschnitt 6 Wochen und länger krank sind.

Herr Krause: fragte, ob diese Summe zu 100 % zu Konsolidierungszwecken im Personalhaushalt zugeführt werde.

Frau Unger, Amtsleiterin Personalamt: bei einer Dauer von über 6 Wochen, erhalte der beschäftigte Krankengeldbezug. Wird informiert, dass es sich hierbei um eine längerfristige Erkrankung handle, so wird befristet eingestellt. Sollte die Stelle nicht besetzt werden, so liegt eine Einsparung im Personalkostenetat vor.

Herr Krause, SPD-Fraktion, bat um entsprechende Ergänzung dazu in den Personalbericht mit den Zahlen und um Nachreichung eines Kurzberichtes.

Herr Kley, FDP-Fraktion, halte dieses Verfahren äußerst erstaunlich und dass es keine klaren Vorgaben dazu gebe, sondern einen der darauf warte, dass ihm die Ämter etwas vorschlagen.

Es gibt überall mehr Personalbedarf. Die Stadt habe sich um fast 1/3 verringert, es müssten demnach auch die Fälle reduziert sein. Er könne nicht nachvollziehen, dass noch immer mit demselben Personalkörper gearbeitet werde und dennoch über Einstellungen gesprochen werde.

Der Bericht führe 500 Langzeiterkrankte auf. Er fragte, ob die tatsächlich über 6 Wochen krank seien. Hinzu komme der zustehende Urlaub, substituiert ergäbe das 250 Stellen, die durch anderes Personal geleistet werden müssen.

Aus seiner Sicht könne das Gesundheitsmanagement offensiver tätig werden, um die Langzeiterkrankten zu aktivieren. Man könne auch den Abbau der Stellen in Betracht ziehen, da dies offensichtlich nicht notwendig sein und die Stadt dennoch funktioniere.

Er informierte, dass der Personalbereich eine Pflichtaufgabe sei, d. h. man werde hier innerhalb des Gesamtbudgets zunehmend in eine Zwangslage geraten.

Im Moment scheiden die Personen über Verrentung aus.

Die Thematik Vorruhestand wurde seitens der Stadt missbraucht, um Neueinstellungen vorzunehmen, dies habe man jetzt erst erfahren.

Man ging davon aus, dass es dem Personalabbau diene.

Herr Krause, SPD-Fraktion, äußerte sich dahingehend, dass es schon einmal diese Runden gab, wo die Aufgaben beschrieben worden, die erledigt werden müssen und dann wurde darüber diskutiert, ob diese erledigt werden müssen. Und dann ist man zu einer Konsolidierung gekommen, mit der alle leben konnten. Auch die Beschäftigten. Und das wird jetzt auch wieder eingefordert, dass diese nächste Runde kommt.

Dazu stellte **Herr Bürgermeister Geier** fest, dass nach der Auftaktveranstaltung Ende Februar die Beauftragung an jedes Dezernat und jeden Amtsleiter ging, das entsprechende Fachkonzept zu überarbeiten.

Und zur Frage, was durch den Finanzbeigeordneten vorgegeben werden kann, informierte **Herr Bürgermeister Geier**, dass er zwar Vorgaben an die Dezernate mache könne, er aber nicht die Mengengerüste kenne, die dahinter stehen. Und es hätte sich auch das Verfahren von 2003 bewährt, dass von unten die entsprechende Überprüfung erfolgt ist, also mit den Betroffenen.

Herr Krause, SPD-Fraktion, hinterfragte die Fristsetzung bei der Erarbeitung von Fachkonzepten.

Herr Bürgermeister Geier äußerte sich noch einmal zur Frage von 250 Stellen, die unbesetzt sind und bat darum, bei der Diskussion die ganze Komplexität zu beachten. Es heiße nicht, wenn aus welchen Gründen auch immer 250 Leute fehlen, dass dann für 250 Beschäftigte weniger Arbeit da sei. An einigen Stellen würde dann auch ein Bearbeitungsstau entstehen.

Herr Bürgermeister Geier sicherte zu, gemeinsam mit Frau Unger eine Einladung zur nächsten Lenkungsausschussrunde abzustimmen.

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, wies nochmals darauf hin, dass es im Rat die Bereitschaft gab, diese Diskussion wieder aufzunehmen und es wurden auch von der Verwaltung verschiedene Sachen angekündigt, welche aber ohne Untersetzung blieben. Unabhängig vom Sparberater und vom neuen Oberbürgermeister sind nächste Schritte vorzulegen, um auch eine Haushaltsdiskussion führen zu können.

zu 8.2 **Gesundheitsbericht 2010-2011 der Stadt Halle (Saale)** Vorlage: V/2012/11009

Frau Unger, Amtsleiterin Personal informierte, dass es hierzu keine Städtevergleichszahlen gebe. Man müsse selber nach den Ursachen schauen.

Die Ursachen seien vielschichtig. Sie führte als Beispiel den Altersdurchschnitt auf. Auch sagte sie, dass Ursachen schwere Erkranken wie Krebsleiden, Herz-Kreislaufkrankungen und Ähnliches seien. Manche Dinge könne der Arbeitgeber, wie bspw. die Belastungssituation beeinflussen. Hierzu führte sie das Beispiel des Bereiches der Grundsicherung im Alter auf. Hier habe man durch Veränderung des Stellenplanes eine Entspannung der Lage erreichen können. Im Moment drohe jedoch die Lage zu kippen, da die Fallzahlen erneut gestiegen seien. Der internen Arbeitsmarkt gebe keine Entspannung her, da das Personal nur von A nach B geschoben werde und somit an anderer Stelle eine Lücke entstehe

Auch habe das Personalamt eine Vorgabe von 200 Vollzeitstellen gehabt, es müsse jedoch die Aufgabenkritik dazugelegt werden, um festzustellen, wo die Bereiche sind in denen die Personen benötigt werden und wo eventuell Bereiche sind in denen auf Personal verzichtet werden könne.

Man haben die personalwirtschaftlichen Modelle genutzt und man benötige auch externe Einstellungen, da die Verwaltung sich verjüngen müsse. Ihrer Meinung nach, sei der Personalkostenetat nicht allein die Hauptzielrichtung, die den Haushalt aus dem Ruder laufen lasse.

Herr Kley, FDP-Fraktion, fragte nach, ob es im Hinblick auf das gesuchte Personal auch eine Abstimmung mit den Eigenbetrieben gäbe. Als Beispiel führte er an, dass sich bei Ausschreibungen des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung Mitarbeiter des Sozialamtes darauf bewerben für 2 Jahre, mit der Option, dann wieder in die Verwaltung zurückzugehen.

Zu diesem Sachverhalt informierte **Frau Unger, Amtsleiterin Personalamt**, dass es selbstverständlich eine Abstimmung dazu gibt und auch eine Kooperationsvereinbarung mit den Stadtwerken. Bevor eine externe Ausschreibung erfolgt, wird im Konzern Stadt nach Personal gesucht.

Herr Bürgermeister Geier beendete die Diskussion dazu.

weitere Mitteilungen:

Herr Bürgermeister Geier informierte über die voraussichtliche Prognose zum Jahresende 2012 und wies darauf hin, dass die im Finanzausschuss verteilte Unterlage in der Vorprognose zum Jahresende ein Minus von im Moment 17 Mio. Euro ausweist. In diesen 17 Mio. Euro sind die Auswirkungen zur Wohnungswirtschaft noch nicht enthalten.

Als Gegenmaßnahme gab es die globale Haushaltssperre, die auch dazu führte, dass man Pflichtaufgaben der Höhe nach noch einmal überprüft. Dann gibt es zu jedem Monatsende eine neue Prognosehochrechnung auf das Jahresende. **Herr Bürgermeister Geier** geht davon aus, dass sich bei der jetzigen Entwicklung die Größenordnung von 16 – 17 Mio. Euro vom voraussichtlichen Jahresabschluss leider einpegeln wird.

Weiterhin teilte **Herr Bürgermeister Geier** mit, dass die Planung bei 5,2 Mio. Euro lag. Die Entwicklung habe auch Auswirkungen auf die Planung 2013 und er informiere darüber, dass nach dem aktuellsten Abstimmungsstand mit den Fachdezernaten ein strukturelles Defizit von etwa 15 bis 20 Mio. Euro vorliege. Darin ist beispielsweise die Auswirkung aus der Wohnungswirtschaft auch noch nicht dabei. Die Entwicklung im Sozialbereich muss auch im Auge behalten werden. Die Landtagsentscheidung zum Finanzausgleich, die im Dezember kommt, hat gewisse Unsicherheiten. Und unsere Forderung dazu ist, dass der Mehrwert für Dessau nicht zu Lasten von Halle und Magdeburg gehen kann. Das wären für die Stadt Halle 3 Mio. Euro weniger an Zuweisungen.

Herr Bürgermeister Geier gab zu bedenken, dass bestimmte politische Gewichtungen des neuen OB zu beachten wären sowie die Frage zu möglichen Umstrukturierungen, die diskutiert werden. Dies müsse auch alles im Haushalt, in der Zuordnung produktmäßig abgebildet werden und auch stellenplanmäßig. Durch diese Faktoren sei aus seiner Sicht eine annehmbare Diskussionsgrundlage frühestens Anfang 2013 möglich. Kurzfristig könne kein Papier vorgelegt werden, das diskussionsfähig wäre.

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM könne dies nicht nachvollziehen. Die Rechtssituation sei eindeutig. Nach den bestehenden gesetzlichen Bedingungen, bezogen auf das FAG, müsse der Haushaltsentwurf vorgelegt werden.

Er versteht nicht, dass die Verzögerung damit begründet werde, dass Urteile vorliegen, die jedoch noch nicht rechtskräftig seien. Bislang gebe es kein neues FAG und deswegen könne er nicht verstehen, worauf gewartet werde. Das es dann vielleicht noch Korrekturen gebe, die teilweise im laufenden Haushalt berücksichtigt werden müssen sei verständlich.

Es müsse doch eine Vorlage existieren, ob ausgeglichen oder nicht. Er akzeptiere die Begründung mit laufenden Aktualisierungen nicht und fragte nach anderen Gründen.

Herr Geier sagte, dass es sich hierbei nicht um eine Verzögerung handle.

Herr Wolter entgegnete Herr Geier, dass es sich seiner Meinung nach um eine Verzögerung handle. Es liegt ein Stadtratsbeschluss vor, wonach der Haushalt im Oktober eingebacht werde. Man wollte damit auch gegenüber denen, die davon abhängig seien, eine Situation herbeiführen, dass zu Jahresbeginn ein beschlossener Haushalt vorliegt.

Herr Krause, SPD-Fraktion sagte, dass es der zukünftige Oberbürgermeister versprochen habe, dies aber nicht durch den Rat beschlossen wurde.

Herr Geier fragte die Mitglieder des Hauptausschusses, ob ein Minus von 20 Mio. EUR beschlussfähig sei.

Herr Bönisch fragte, ob das Warten besser sei.

Herr Geier antwortete, dass es mit Warten die Situation nicht verbessere, es müssen jedoch die Maßnahmen untersetzt werden um auf Null zu kommen.

Frau Ewert merkte an, dass es auf ein paar Millionen nicht mehr ankomme, schließlich werde der Haushalt in den Gremien besprochen.

Herr Kley mahnt, dass die Gesetzeslage eindeutig sei. Entsprechend der Gemeindeordnung muss der Haushalt vorgelegt werden. Bereits im April gab es hierzu Vorberatungen, schon zu diesem Zeitpunkt dürften die 20 Mio. EUR bekannt gewesen sein.

Er fragte, wer persönlich in Haftung genommen werden könne. Es können keine Fördermittel abgerufen werden, da kein genehmigter Haushalt vorliege. Seit vielen Jahren gehen der Stadt Halle Millionen EUR verloren, nur weil niemand in der Lage sei, einen Haushalt einzureichen.

Durch die verspätete Haushaltseinbringung gehen erneut Fördermittel verloren.

Weiterhin sei er erstaunt darüber, dass man ohne genehmigten Haushalt, dennoch alles ausgeben könne. Die Haushaltssperre ist gesetzt und dennoch könne die Stadt nicht sparen. Es sei aus seiner Sicht eine spannende Rechtslage, aber auch das Landesverwaltungsamt könne ihm hierzu keine Auskunft geben.

Herr Kley fragte in die Runde, ob man sich selbst an irgendeiner Stelle bezüglich des Haushaltes ernst nehme. Das wichtigste sei, dass man auf die Kinder Rücksicht nehmen müsse. Die Diskussionen, dass sich in der Zukunft etwas ändern müsse habe es in der Vergangenheit gegeben und werde es auch zukünftig geben.

Weiterhin sagte **Herr Kley**, dass obwohl es einen Stadtratsbeschluss gibt und es das Gesetz entsprechend vorgibt, bisher kein Haushalt eingebracht wurde. Es gab ein Vorschussvertrauen in den Finanzbeigeordneten durch seine Wiederwahl. Offensichtlich galten die Bestrebungen jedoch nur bis zu dem Ereignis.

Herr Geier sagte, dass dies zu pauschal dargestellt sei. Das Geld fließe nicht widerstandlos ab. Die Anwesen wissen, dass die sich die Verwaltung die Entscheidungen durch gewisse Prüfmechanismen nicht einfach mache.

Herr Kley entgegnete, dass 10 Mitarbeiter eingespart werden können, wenn der Haushalt rechtzeitig verabschiedet werden würde, dann müssten die nicht mehr prüfen und könnten sinnvoll an anderer Stelle eingesetzt werden.

Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft, Wissenschaft und Arbeit sagte, dass die Verwaltungsspitze die Oberbürgermeisterin sei. Diese lege dem Stadtrat den Haushalt zur Beschlussfassung vor.

Die Entscheidung liege nicht beim Bürgermeister Geier und habe auch mit seiner Wiederwahl nichts zu tun. Die Verwaltung arbeite und Oktober/ November stehen die Zahlen fest. Die Zahlen haben jedoch eine Schwankungsbreite.

Herr Bürgermeister Geier sei vor dem Hintergrund der Diskussion um eine Veränderung innerhalb der Verwaltung, und dazu gehöre auch der Stellenplan, im Moment einfach nicht in der Lage einen Haushalt zu präsentieren mit einer längeren Haltwertzeit als zwei Wochen.

Man könne die derzeitige Situation nicht Herrn Bürgermeister Geier anlasten.

Herr Geier stellte klar, dass er in der Lage sei, einen Haushalt einzubringen.

Herr Dr. Meerheim teilte mit, dass er die Situation zum Haushalt grotesk empfinde. Er erinnerte an den beschlossenen Antrag von Herrn Bauersfeld, wonach der Haushalt im September vorgelegt werden sollte.

Es wurde noch vor der Sommerpause nachgefragt, es wurde ein Zugeständnis gegenüber der Verwaltung gemacht da diese den Haushalt für Oktober zusicherte.

Nunmehr sei November und noch immer wurde der Haushalt nicht eingebracht, obwohl mehrmals nachgefragt wurde.

Von Seiten des Gesetzgebers werde es keine Veränderungen zum FAG geben. Es gebe auch aus seiner Sicht keinen Grund dafür, den Haushalt nicht vorzulegen.

Sollte die Verwaltung keine Wege sehen, wie das Haushaltsloch zu schließen sei, so müsse man gemeinsam nach einer Lösung suchen.

Änderungen während der Beratungen seien üblich und ein normaler Vorgang während den Haushaltsberatungen.

Herr Dr. Meerheim teile die Meinung, dass erhebliche Summen an Fördermitteln verloren gegangen seien, da der Haushalt in der Vergangenheit zu spät eingebracht wurde und die Landesverwaltung die Anträge, aufgrund des nicht genehmigten Haushaltes, zurückstellen musste.

Herr Krause äußerte, das man ja offensichtlich Zeit hat, da man ja einen Sparberater hat.

Herr Dr. Meerheim wies eindeutig darauf hin, dass, sollte der Haushalt im Dezember nicht vorliegen, werde es erst im Sommer zur Beschlussfassung kommen. Hinzu komme, dass der Sparberater sicher vorher alles prüfen müsse.

Herr Krause äußerte, dass dieser erst einmal beginnen müsse.

Herr Dr. Meerheim merkte an, das unter diesen Voraussetzungen erst im September mit einem beschlossenen Haushalt gerechnet werden könne. Herr Dr. Meerheim fragte nach den Gründen für die Verzögerung.

Herr Geier merkte abschließend an, dass die Diskussionen auch mit dem Stadtrat ergaben, dass der Haushaltsentwurf möglichst ausgeglichen sein soll.

Das Grundproblem bestehe jedoch darin, dass das Defizit auch zu untersetzen ist, so dass diese Zahl die Richtung Null erreiche. Für 2013 war mit dem Landesverwaltungsamt abgestimmt, dass ein Haushalt mit einem Defizit eingebracht werden könne, wenn parallel der Sparberater seine Tätigkeit aufnehme.

Herr Krause sagte, dass dieser noch nicht einmal gefunden sei.

Herr Geier sagte, dass die Vereinbarung so getroffen wurde. Der Sparberater habe jedoch die Arbeit noch nicht begonnen, welche Gründe auch immer dafür vorlägen.

Herr Krause unterbrach und forderte ihn auf, die Gründe zu benennen.

Herr Geier sagte, dass der Sparberater noch nicht gefunden sei. Er könne nunmehr keinen Haushalt mit einem immensen Defizit einbringen, ohne politisch oder fachlich zerrissen zu werden.

Er wollte mit seinen Äußerungen die aktuelle Sachlage darstellen.

Herr Wolter sagte, dass Herr Geier Gründe aufgeführt habe, die weit über die Sachlage hinausgingen. Dies habe er von ihm erwartet. Die Gründe sollten benannt werden, die ihn daran gehindert haben, den Haushalt einzubringen.

Herr Bönisch fragte ergänzend, wann die Eröffnungsbilanz vorgelegt werde, da dies auch großen Bezug zum Haushalt habe.

Herr Geier sagte, dass es vorgesehen sei, diese Ende Januar auszugeben.

Mit den vorliegenden Zahlen wurde ein Abgleich mit einer bestätigten Eröffnungsbilanz von Magdeburg durchgeführt. An verschiedenen Stellen wurden spürbare Unterschiede deutlich, so dass jetzt nochmals geprüft werden müsse.

Herr Dr. Meerheim fragte, ob es hierzu die Planbilanz 2013 ausgereicht werde.

Herr Geier sagte, dass zunächst die Planbilanz testiert werden müsse und dann durch Beschluss in Kraft gesetzt werden müsse.

Herr Dr. Meerheim fragte nach, ob der Haushalt mit der Bilanz zusammen verteilt werde.

Herr Geier informierte, dass die Bilanz parallel zum Haushalt verlaufe.

Zum Sparberater merkte **Herr Geier an**, dass die zweite Ausschreibung gelaufen sei. Es gebe 11 Bewerbungen. Am 6. November gab es hierzu mit dem Landesverwaltungsamt ein Gespräch, da diese mit einzubeziehen waren. In der Beratung wurde festgelegt, dass beide Seiten die Unterlagen sichten. Aus Sicht der Verwaltung gebe es fünf Kandidaten, die in die engere Wahl kämen.

Das Landesverwaltungsamt wolle anhand der Unterlagen die Bewerber prüfen und Anfang Dezember werde es ein weiteres Gespräch geben. Es werde sich dann festgelegt, welcher Bewerber die Zusage erhalten soll.

Herr Krause merkte an, dass in Anbetracht der bevorstehenden Feiertage, der Tätigkeitsbeginn nicht vor Januar 2013 sein werde und damit ein halbes Jahr verloren gegangen sei.

Herr Geier bestätigte die Angaben von Herrn Krause.

Herr Krause bekundete seinen Unmut.

Herr Wolter sagte, dass der Beschluss einen Zeitplan vorsehe. Hiernach sei der Beginn der Tätigkeit zum 1. Dezember 2012. Er könne nicht verstehen, weshalb das Abstimmungsverfahren nicht dringlich behandelt werde.

Herr Geier sagte, dass die entsprechenden Unterlagen dem Landesverwaltungsamt zugegangen seien.

Herr Geier erinnerte, dass der Stadtrat der Verwaltung einen Prüfauftrag gestellt habe. Es sollen die Chancen bezüglich einer Verfassungsbeschwerde zum FAG 2012 geprüft werden.

Im vergangenen Hauptausschuss wurde darüber informiert, dass das Verfassungsgerichtsurteil, welches die kleineren Gemeinden betrifft zu analysieren sei.

Hierbei gehe es um 2 Paragraphen auf denen sich die Argumentation der Stadt stütze.

§ 2 des Finanzausgleichsgesetzes hat das Landesverfassungsgericht für unvereinbar mit der Landesverfassung erklärt. Und an dieser Feststellung würde auch eine Verfassungsklage der Stadt Halle nichts ändern.

Dies bedeute, dass selbst wenn die Stadt Halle in den Punkt des § 2 die Stadt Halle eine Verfassungsklage einlegen würde, würde sich der Beschluss des Landesverfassungsgerichts nicht wiederholen.

Wenn in einem Verfahren festgestellt werden würde, dass der § 2 verfassungswidrig sei und demnach nachgearbeitet werden müsse, dann gäbe es keine Folgeverfahren, um eine inhaltlich gleiche Entscheidung zu treffen.

Herr Dr. Meerheim fragte nach der Bedeutung, wenn der Gesetzgeber ändern müsse.

Herr Geier informierte, dass der § 2 so ausgestaltet sein muss, dass die Ermittlung des Aufwandes für die Aufgabenerfüllung in einem angemessenen Verhältnis stehe. Dies sieht das Landesverfassungsgericht in diesem Verhältnis der kreisfreien, kreisangehörigen Städte und der Landkreise in der damals angefochtenen Form für nicht gegeben.

Man müsse jetzt beobachten, wie der Landesgesetzgeber diesen Auftrag des Landesverfassungsgerichtes entsprechend umsetzt.

Herr Dr. Meerheim merkte an, dass dies einem Satz der Stellungnahme widersprechen würde. Der § 2 regle eigentlich nur die Größe (Volumen) was zur Verfügung stünde. Das Urteil sage jedoch, dass es keine Beschränkung gebe.

Herr Geier

Für jeden Fraktionsvorsitzenden wurde eine ausführliche Stellungnahme vorbereitet. Hier könne man die Details nachlesen.

In seinen Ausführungen führte er fort, dass der § 16 der zweite Ansatzpunkt sei.

Hierbei handele es sich um den Flächenfaktor Investitionspauschale. Dies verursacht bei der Stadt Halle Mindereinnahmen in Höhe von 4 Mio. EUR.

Die Stadt Halle will nunmehr eine entsprechende Regelung erwirken, die es bereits 1995 gab.

Dies führt dazu, dass diese Jahresfrist, dagegen vorzugehen, nicht mehr greift. Die Regelung könne deshalb nicht anfechten können, weil es 1995 schon so einen Flächenfaktor gab und damals die Stadt Halle nichts dagegen unternommen hat.

Zusammenfassen lässt sich feststellen, dass die Argumentation, auf die die Stadt sich stützen will, keine Aussicht auf Erfolg habe.

Herr Bürgermeister Geier bat um Stellungnahme bis zum Dienstagmorgen, da dies mit einer entsprechenden Beschlussvorlage für März verbunden wäre.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDIS 90/ DIE GRÜNEN fragte, ob der der damalige Flächenfaktor identisch mit dem heutigen sei.

Herr Geier bestätigte dies.

Herr Paulsen fragte nach, ob dies der Grund sei, dass die Stadt nicht dagegen vorgehen könne.

Herr Geier

Also es war so und dann haben sie zwischendurch geändert und jetzt ist es wieder die Regelung wie 1995.

Herr Dr. Meerheim fragte, ob die Regelung nicht aufgehoben sei.

Herr Geier äußerte, dass die Stadt in dem Moment dagegen hätte vorgehen müssen, als die Regelung gesetzlich getroffen wurde vom Land.

Herr Paulsen merkte an, dass sich Bedingungen ändern. Schließlich stelle sich die Situation anders dar, als im Jahr 1995. Er könne nicht verstehen, dass dies jetzt einen Klagehinderrungsgrund sei.

Herr Wolter fragte, ob es schriftlich nochmals aufgeführt sei, welche Gründe dagegen sprechen zu klagen.

Herr Geier

Die Stadt stütze sich im Wesentlichen auf die zwei Paragraphen und die Auswertung des Landesverfassungsgerichtsurteils. Die ständige Rechtssprechung des Landesverfassungsgerichts führe dazu, dass man an der Stelle keine Argumentation aufbauen könne, damit die Verfassungsklage der Stadt erfolgreich sei.

Es gab keine weiteren Mitteilungen.

zu 9 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, fragte nach, wie die Stadt mit den geplanten Baumfällungen am Preßlersberg umgehe, da es wahrnehmbare Bürgerproteste gab und auch eine Petition eingereicht wurde. Gleichzeitig bat er um Auskunft, ob die Stadt davon Abstand nehmen werde, dort Traubenkirschen zu pflanzen, da jetzt darauf hingewiesen wurde, dass die Beeren, die an der Traubenkirsche wachsen, giftig seien. Dies wäre für den Spielplatz kontraproduktiv

Da Herr Beigeordneter Stäglin nicht mehr anwesend war antwortete **Herr Bürgermeister Geier**, dass er sich mit Herrn Stäglin dazu noch abstimmen müsse. Er informierte dazu noch, dass eine Petition von 38 Bürgern eingegangen sei und diese von der Argumentation der Bürger her noch gesichtet werden müsse.

Desweiteren stellte **Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, fest, dass im Finanzausschuss am 17.10. berichtet wurde, dass es eine Einladung zu einer Informationsveranstaltung zum Umbau Steintor geben sollte. Er fragte an, wann diese Einladung komme und wann die Veranstaltung stattfinde.

Herr Dr.Meerheim, Fraktion DIE LINKE., äußerte sich zu den laufenden Projekten, die im Rahmen des Bundesprogramms Krippenausbau liefen. Er berichtete, dass ihm bekannt sei, dass die Gelder, die dafür zur Verfügung gestellt werden, im städtischen Haushalt durchlaufende Gelder seien.

In diesem Zusammenhang informierte er über eine Mitteilung von Trägern, die diese Gelder benötigen, dass seit Monaten trotz Abrechnung gegenüber der Stadt bisher keine dieser Gelder ausgezahlt worden.

Er fragte nach, mit welchem Recht die Stadt Halle diese Gelder gegenüber den Trägern zurückbehält. Bis zum heutigen Zeitpunkt stehen über ¼ Mio. Euro aus. Er wies darauf hin, dass durch die Verwaltung eine zeitnahe Prüfung zu erfolgen habe und da die Gelder nur „Durchlaufgelder“ seien, dürften diese auch nicht von einer Haushaltssperre betroffen sein.

Herr Bürgermeister Geier sicherte eine schnelle Weitergabe der Frage in die Verwaltung und eine schnelle Rückmeldung zu.

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – Neues Forum, informierte darüber, dass am 22. November im Kulturkonvent des Landes Sachsen-Anhalt die Theater- und Orchesterlandschaft sowie die Kulturfinanzierung Thema sei.

Er wies darauf hin, dass dort auch Vertreter der Stadt Halle erwartet werden und fragte nach, wer als Vertreter der Stadt Halle, neben dem Geschäftsführer der TOO, dort teilnehmen werde.

Auf hierzu sicherte **Herr Bürgermeister Geier** eine Prüfung in der Verwaltung zu.

Herr Bönisch, CDU-Fraktion, fragte zum Thema Investitionspauschale an, wie weit diese verausgabt wurde und wie weit nicht und was mit dem Geld passiert sei, wenn es nicht voll verausgabt wurde.

Dazu stellte **Herr Bürgermeister Geier** fest, dass die Investitionspauschale prioritär immer sofort eingesetzt werde. Das heißt, es wird die Summe, die vom Land kommt entsprechenden Maßnahmen zugeordnet, die ganz oben auf der Prioritätenliste stehen. Und dann werde entsprechend anteilig mit dem Mittelabfluss diese Investitionspauschale in der Verwendung umgebucht.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

zu 10 **Anregungen**

Es lagen keine schriftlichen Anregungen vor.

weitere Anregungen:

Herr Kley, FDP-Fraktion, regte an, dass man sich noch einmal um das Management des Stadthauses kümmern sollte, insbesondere was die Wärme betrifft. Es gäbe das Problem, dass wohl im Moment nachts die Temperatur soweit runter gefahren werde, dass es bis 15 Uhr dauern würde, bis die Räume wieder benutzbar seien.

Im Hinblick auf die Gesundheit der Mitarbeiter wäre hier eine Klärung notwendig und auch damit die Büros als Büros nutzbar wären.

Gleiches gelte auch für Reparaturen usw. Auch dort gäbe es noch Klärungsbedarf.

Herr Bürgermeister Geier sicherte nachdrücklich zu, dass er dieses Problem mit Herrn Beigeordneten Neumann besprechen werde.

Herr Krause, SPD-Fraktion, äußerte sich zu dem gleichen Thema und wies darauf hin, dass hier eine offene Punktliste mit Terminsetzung gemeinsam mit der Verwaltung besprochen werden sollte.

Zum Thema der neuen Fraktionsbüros im Stadthaus bot **Herr Neumann, Beigeordneter Wirtschaft, Wissenschaft und Arbeit** an, in der nächsten Woche zu einer Runde mit den Vertretern der Fraktionsgeschäftsstellen einzuladen und die Probleme dort gemeinsam zu besprechen.

Dagmar Szabados
Oberbürgermeisterin

Anja Schneider
Protokollführerin